

JENS KOCH

# Die Patronatserklärung

*Jus Privatum*

99

---

**Mohr Siebeck**

# JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 99





Jens Koch

# Die Patronatserklärung

Mohr Siebeck

*Jens Koch*, geboren 1971; 1990–1995 Studium der Rechtswissenschaften im Bochum und Bologna; 1996–1998 Referendariat in Bochum und Dijon; 1999–2005 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht der Ruhr-Universität Bochum (Prof. Dr. Uwe Hüffer); 2001 Promotion; 2004 Habilitation; 2005 Lehrstuhlvertreter an der Ruhr-Universität Bochum.

978-3-16-157960-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148674-9

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

## Vorwort

Die Arbeit hat im Sommersemester 2004 der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Habilitationsschrift vorgelegen. Für die Veröffentlichung sind Rechtsprechung und Schrifttum bis Ende des Jahres 2004 berücksichtigt worden.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Uwe Hüffer für die vielfältige Unterstützung dieser Arbeit und darüber hinaus für die prägenden Jahre als Assistent an seinem Lehrstuhl. Zum Dank verpflichtet bin ich auch Herrn Professor Dr. Peter Kindler für die Übernahme und zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Dank sagen möchte ich weiterhin all den Rechtsanwälten aus Unternehmen, Banken und Kanzleien, die durch die von ihnen ausgefüllten Fragebögen das rechtstatsächliche Fundament geschaffen haben, auf dem diese Arbeit ruht.

Für ihre grenzenlose Geduld und unermüdliche Unterstützung danke ich schließlich Frau Stephanie Stratmann.

*Witten, im Mai 2005*

*Jens Koch*



## Inhaltsübersicht

Erster Teil. Grundlagen .....	1
1. Kapitel. Einführung .....	3
§1 Einleitung .....	3
§2 Gang der Untersuchung .....	7
§3 Eingrenzung der Untersuchung .....	9
2. Kapitel. Die Patronatserklärung in der heutigen Rechtspraxis .....	11
§4 Die Patronatserklärung als Rechtsbegriff .....	11
§5 Motive für die Abgabe einer Patronatserklärung .....	32
§6 Die Bedeutung der Patronatserklärung im heutigen Wirtschaftsleben .....	64
Zweiter Teil. Die harte Patronatserklärung .....	75
1. Kapitel. Inhalt und Rechtsnatur der harten Patronatserklärung .....	77
§7 Der Inhalt der harten Patronatserklärung .....	77
§8 Die Rechtsnatur der harten Patronatserklärung .....	107
2. Kapitel. Die Ausstattungspflicht des Patrons .....	134
§9 Art und Umfang der geschuldeten Ausstattung .....	134
§10 Sonderformen der Ausstattung .....	167
3. Kapitel. Die Wirksamkeit und Klagbarkeit der harten Patronatserklärung .....	191
§11 Unwirksamkeit wegen fehlender Bestimmtheit? .....	191
§12 Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen die Vorschriften über Allgemeine Geschäftsbedingungen? .....	197
§13 Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen die guten Sitten oder ein Schriftformerfordernis? .....	221
§14 Die prozessuale Durchsetzung der harten Patronatserklärung .....	225
§15 Einwendungen und Einreden .....	249

4. Kapitel. Leistungsstörungen .....	263
§ 16 Unmöglichkeit der Ausstattung .....	263
§ 17 Die unterbliebene oder unzureichende Ausstattungsleistung .....	268
§ 18 Leistungsstörung durch Beteiligungsaufgabe? .....	293
§ 19 Leistungsstörung durch Insolvenz des Kreditnehmers .....	297
5. Kapitel. Regress und Kündigung der Patronatserklärung .....	313
§ 20 Der Regress des Patrons gegen den Kreditnehmer .....	313
§ 21 Die Kündigung der harten Patronatserklärung .....	334
Dritter Teil. Die weiche Patronatserklärung .....	341
1. Kapitel. Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsmethode .....	343
§ 22 Die einzelnen Erklärungstypen .....	343
§ 23 Möglichkeiten der Systematisierung .....	351
2. Kapitel. Die weiche Patronatserklärung in Gestalt der Auskunft .....	354
§ 24 Meinungsstand .....	354
§ 25 Regelfall: Keine vertragliche Übernahme einer Einstands- oder Ausstattungspflicht .....	360
§ 26 Haftung des Patrons aus einem Auskunftsvertrag .....	378
§ 27 Begründung eines Schuldverhältnisses nach § 311 Abs. 3 BGB durch die weiche Patronatserklärung .....	386
§ 28 Pflicht zur wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskunft .....	400
§ 29 Nachträgliche Berichtigungs- und Unterrichtungspflichten .....	417
§ 30 Schadensersatzanspruch bei Pflichtverletzung .....	434
§ 31 Haftung aus „Konzernvertrauen“ .....	438
3. Kapitel. Sonstige Erscheinungsformen der weichen Patronatserklärung .....	474
§ 32 Die Stillhalteklausele .....	474
§ 33 Die Einflussklausele .....	501
§ 34 Die Informations- und Neuverhandlungsklausele .....	522
Vierter Teil. Die Patronatserklärung ad incertae personas .....	534
§ 35 Einführung und Meinungsstand .....	534
§ 36 Der Rechtsfolgewille bei der Patronatserklärung ad incertae personas .....	542
§ 37 Die Patronatserklärung ad incertae personas als Vertrag oder einseitiges Leistungsversprechen? .....	548

*Inhaltsübersicht*

IX

§ 38 Die Annahmeerklärung .....	572
§ 39 Die weiche Patronatserklärung ad incertas personas .....	600
Fünfter Teil. Untersuchungsergebnisse .....	607
Literaturverzeichnis .....	621



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXIII

## Erster Teil Grundlagen

1. Kapitel. Einführung . . . . .	3
§1 Einleitung . . . . .	3
§2 Gang der Untersuchung . . . . .	7
§3 Eingrenzung der Untersuchung . . . . .	9
2. Kapitel. Die Patronatserklärung in der heutigen Rechtspraxis . . . . .	11
§4 Die Patronatserklärung als Rechtsbegriff . . . . .	11
I. Begriffsentstehung und -entwicklung . . . . .	11
II. Die Patronatserklärung als Produkt der Kautelarpraxis . . . . .	13
III. Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Erklärungstypen . . . . .	15
1. Anlass der Erklärung . . . . .	15
2. Beteiligtenstruktur und Erklärungsrichtung . . . . .	17
3. Negative Abgrenzung: Keine Begründung einer Einstandspflicht . . . . .	19
4. Zwischenfazit und begriffliche Vorklärung . . . . .	21
IV. Die Trennung von harter und weicher Patronatserklärung . . . . .	23
1. Die Abgrenzung in Rechtsprechung und Literatur . . . . .	23
2. Keine gesetzlichen Vorgaben für die Abgrenzung . . . . .	26
3. Die harte Patronatserklärung als Ausstattungsverpflichtung . . . . .	28
4. Die Konkretisierung der weichen Patronatserklärung . . . . .	29
§5 Motive für die Abgabe einer Patronatserklärung . . . . .	32
I. Die Patronatserklärung als Umgehungsinstrument . . . . .	32
1. Die Umgehungsmotivation als ausschlaggebender	

Gesichtspunkt? . . . . .	32
2. Die steuerrechtlichen Ursprünge der Patronatserklärung . . . . .	33
3. Umgehung der Bilanzierungspflicht . . . . .	35
4. Außensteuerrechtliche Gründe . . . . .	39
a) Die Regelung des § 1 Abs. 1 AStG . . . . .	39
b) Die Steuerpflicht bei der Bürgschaft und bei der Patronatserklärung . . . . .	41
c) Ausnahme beim Rückhalt im Konzern . . . . .	42
d) Die Neufassung des § 1 Abs. 4 AStG . . . . .	43
e) Weitere Bedenken . . . . .	44
f) Folgerungen für die Patronatserklärungen . . . . .	45
5. Devisenrechtliche Gesichtspunkte . . . . .	46
6. Negativerklärungen und Gleichstellungsverpflichtung . . . . .	47
7. Umgehung gesellschaftsinterner Zustimmungsvorbehalte . . . . .	49
8. Kreditinstitute als Patron . . . . .	50
9. Sonstige Gründe . . . . .	53
10. Zusammenfassende Würdigung . . . . .	54
II. Arteigene Vorteile der harten Patronatserklärung . . . . .	55
III. Die weiche Patronatserklärung aus Kreditgebersicht . . . . .	57
1. Spekulation mit der rechtlichen Unsicherheit? . . . . .	57
2. Spekulation auf die faktische Wirkungsmacht weicher Patronatserklärungen . . . . .	59
IV. Zusammenhang von Motiven und Begriffsbildung . . . . .	63
§ 6 Die Bedeutung der Patronatserklärung im heutigen Wirtschaftsleben . . . . .	64
I. Verbreitung . . . . .	64
II. Fortschreitende Konzernierung als „Nährboden“ für die Ausbreitung von Patronatserklärungen . . . . .	66
III. Veränderung der Beteiligtenstruktur . . . . .	68
IV. Die gesicherten Kreditvolumina . . . . .	68
V. Die Patronatserklärung im internationalen Wirtschaftsverkehr . . . . .	70
VI. Zusammenfassung . . . . .	72

## Zweiter Teil

## Die harte Patronatserklärung

1. Kapitel. Inhalt und Rechtsnatur der harten Patronatserklärung . . . . .	77
--	----

§7 Der Inhalt der harten Patronatserklärung . . . . .	77
I. Formulierungsmuster und -beispiele . . . . .	77
1. Das Grundmuster . . . . .	77
2. Ausstattungspflicht . . . . .	78
3. Zeitliche Angaben zur Ausstattungspflicht . . . . .	80
4. „Sorge tragen“ . . . . .	80
5. Die gesicherte Verbindlichkeit . . . . .	81
6. Revocatoria-Klausel . . . . .	82
7. Sonstige Ergänzungen des Grundmusters . . . . .	83
8. Gegenstand der Untersuchung . . . . .	83
II. Der rechtliche Kerngehalt der harten Patronatserklärung . . .	84
1. Wechselwirkung zwischen der Bestimmung des rechtlichen Gehalts und der Bestimmung der Rechtsnatur . . . . .	84
2. Meinungsstand . . . . .	85
3. Der verpflichtende Charakter der harten Patronatserklärung . . . . .	87
a) Fehlender Rechtsfolgewille aufgrund der „Sorge-Formulierung“? . . . . .	87
b) Vertragscharakter . . . . .	88
c) Einseitige Leistungsverpflichtung des Patrons . . . . .	90
d) Leistungs- oder Bemühenspflicht? . . . . .	91
4. Ausstattungs- und/oder Einstandspflicht? . . . . .	92
a) Wirtschaftlicher Hintergrund und Entwicklung des Diskussionsstandes . . . . .	92
b) Erläuternde oder ergänzende Vertragsauslegung? . . . . .	94
c) Die erläuternde Vertragsauslegung . . . . .	95
aa) Allgemeine Grundsätze . . . . .	95
bb) Die typische Entstehungsgeschichte der harten Patronatserklärung . . . . .	97
cc) Die Interessenlage und der mit der Erklärung verfolgte Zweck . . . . .	98
(1) Bei normalem Geschäftsgang . . . . .	98
(2) Besondere Interessenlage in der Insolvenz . . . . .	98
dd) Verkehrssitte . . . . .	100
ee) Besonderheit bei AGB-Charakter der harten Patronatserklärung . . . . .	103
ff) Zwischenergebnis . . . . .	103
d) Ergänzende Vertragsauslegung . . . . .	104
aa) Allgemeine Grundsätze . . . . .	104
bb) Die ergänzungsbedürftige Lücke bei der harten Patronatserklärung . . . . .	105
III. Sonstige selbständige Pflichten neben der Ausstattungspflicht . . . . .	105

1. Ergänzende Leitungspflicht . . . . .	105
2. Die Revocatoria-Klausel . . . . .	106
IV. Ergebnis . . . . .	107
§ 8 Die Rechtsnatur der harten Patronatserklärung . . . . .	107
I. Meinungsstand . . . . .	107
II. Allgemeine Vorüberlegungen zur Festlegung der Rechtsnatur . . . . .	111
III. Die harte Patronatserklärung als Unterfall eines kodifizierten Vertragstyps? . . . . .	113
1. Die harte Patronatserklärung als Bürgschaft? . . . . .	113
a) Leistungsinhalt und Leistungsempfänger . . . . .	113
b) Rangfolge der Leistungen . . . . .	115
c) Akzessorietät . . . . .	115
2. Die harte Patronatserklärung als Kreditauftrag? . . . . .	117
IV. Die harte Patronatserklärung als Unterfall eines verkehrstypischen, nicht kodifizierten Vertrags? . . . . .	119
1. Die harte Patronatserklärung als Garantie? . . . . .	119
2. Die harte Patronatserklärung als Schuldmitübernahme? . . . . .	122
V. Die harte Patronatserklärung als typengemischter Vertrag? . . . . .	124
VI. Die harte Patronatserklärung als Vertrag sui generis . . . . .	125
VII. Die harte Patronatserklärung als bürgschafts- oder garantieähnlicher Vertrag? . . . . .	127
VIII. Die harte Patronatserklärung als Vertrag sui generis zugunsten Dritter . . . . .	128
1. Allgemeines . . . . .	128
2. Das Valutaverhältnis bei der harten Patronatserklärung . . . . .	129
3. Die harte Patronatserklärung als unechter Vertrag zugunsten Dritter . . . . .	131
a) Die Abgrenzung von echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter . . . . .	131
b) Das vorrangige Leistungsinteresse bei der harten Patronatserklärung . . . . .	132
IX. Ergebnis . . . . .	133
2. Kapitel. Die Ausstattungspflicht des Patrons . . . . .	134
§ 9 Art und Umfang der geschuldeten Ausstattung . . . . .	134
I. Fragestellungen . . . . .	134
II. Einflussmöglichkeiten des Patrons . . . . .	134
1. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten . . . . .	134
2. Einflussmöglichkeiten außerhalb eines Konzernverhältnisses . . . . .	135
3. Einflussmöglichkeiten innerhalb eines	

Konzernverhältnisses . . . . .	136
a) Kreditnehmer in der Rechtsform der GmbH . . . . .	136
b) Kreditnehmer in der Rechtsform der AG . . . . .	137
aa) Nach Eingliederung oder bei Bestehen eines Beherrschungsvertrages . . . . .	137
bb) Einflussmöglichkeiten ohne vertraglich begründetes Weisungsrecht . . . . .	138
III. Die Art der Ausstattung . . . . .	140
1. Differenzierung zwischen Ausstattungsleistung und Ausstattungsziel . . . . .	140
2. Bedeutung der Zusätze „finanzielle“ bzw. „kapitalmäßige“ Ausstattung . . . . .	142
3. Denkbare Formen der Ausstattung . . . . .	143
a) Ausstattung durch Darlehensvergabe . . . . .	143
b) Ausstattung durch Sachmittel . . . . .	143
c) Spezifisch gesellschaftsrechtliche Ausstattungsmöglichkeiten . . . . .	145
IV. Der Ausstattungsumfang . . . . .	146
1. Das Ausstattungsziel in den unterschiedlichen Erklärungsmustern . . . . .	146
2. Verpflichtungen aus dem Kredit oder im Zusammenhang mit dem Kredit . . . . .	146
3. Verbindlichkeiten aus einer Geschäftsbeziehung . . . . .	147
4. Sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers . . . . .	148
V. Die harte Patronatserklärung als allgemeine Liquiditätsgarantie? . . . . .	149
1. Meinungsstand . . . . .	149
2. Die Liquiditätsgarantie als selbständige Hauptleistungspflicht? . . . . .	151
3. Pflicht zur Existenzerhaltung . . . . .	152
4. Existenzerhaltung durch vorgezogene Fälligkeit der Ausstattungspflicht? . . . . .	154
a) Die Fälligkeit der Ausstattungspflicht im allgemeinen . . . . .	154
b) Vorverlegung des Fälligkeitszeitpunktes bei drohender Illiquidität? . . . . .	155
aa) Keine Pflicht zur „insolvenzabwendenden Ausstattung“ . . . . .	155
bb) Drohende Illiquidität als Indikator für ein unmittelbares Interventionsbedürfnis? . . . . .	156
5. Existenzerhaltung als leistungsbezogene Verhaltenspflicht . . . . .	158
a) Das Wesen der leistungsbezogenen Verhaltenspflichten . . . . .	158

b) Rechtliche Konsequenzen der Einordnung als leistungsbetonte Verhaltenspflicht . . . . .	159
aa) Meinungsstand . . . . .	159
bb) Interessenabwägung . . . . .	160
cc) Fehlende Konkretisierbarkeit . . . . .	162
6. Zwischenergebnis . . . . .	163
VI. Das Weiterleitungsrisiko . . . . .	163
1. Begriff und Meinungsstand . . . . .	163
2. Weiterleitungspflicht des Patrons? . . . . .	165
3. Nachschusspflicht des Patrons . . . . .	166
§ 10 Sonderformen der Ausstattung . . . . .	167
I. Befugnis des Patrons zur Direktleistung an den Kreditgeber . . . . .	167
1. Problemstellung und Meinungsstand . . . . .	167
2. Leistung des Patrons auf eine fremde oder auf eine eigene Schuld? . . . . .	168
3. Ausschluss der Direktleistungsbefugnis bei Widerspruch des Kreditgebers . . . . .	171
4. Möglichkeiten zum Ausschluss des Widerspruchsrechts des Kreditgebers . . . . .	172
5. Ausschluss des Ablehnungsrechts im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung . . . . .	173
6. Ausschluss des Ablehnungsrechts nach § 242 BGB . . . . .	175
7. Zwischenergebnis . . . . .	175
II. Treuhänderische Zuwendung . . . . .	176
1. Die treuhänderische Zuwendung nach der Konzeption J. Schröders . . . . .	176
2. Zum Begriff der treuhänderischen Zuwendung . . . . .	177
3. Bankvertragsrechtliche Ausgestaltung . . . . .	178
4. Ausstattung durch treuhänderische Zuwendung . . . . .	179
5. Die Ermächtigungstreuhand in der Zwangsvollstreckung . . . . .	180
a) Pfändung einer schuldnerfremden Forderung mit Einwilligung des Berechtigten . . . . .	180
b) Pfändung der Verfügungsermächtigung? . . . . .	181
aa) Meinungsstand . . . . .	181
bb) Der Begriff des Vermögensrechts in § 857 ZPO . . . . .	182
cc) Eigeninteresse des Bevollmächtigten als ausschlaggebendes Kriterium . . . . .	183
dd) Ermächtigung als „bloße Handlungsbefugnis“? . . . . .	184
6. Die Ermächtigungstreuhand in der Insolvenz . . . . .	185
7. Zwischenergebnis . . . . .	188

III. Sonstige Nebenpflichten der Vertragsparteien . . . . .	188
IV. Zusammenfassung . . . . .	189
3. Kapitel. Die Wirksamkeit und Klagbarkeit der harten Patronatserklärung . . . . .	191
§ 11 Unwirksamkeit wegen fehlender Bestimmtheit? . . . . .	191
I. Die Entscheidung des LG München I vom 2. März 1998 . . . . .	191
II. Die mangelnde Bestimmtheit in der Begründung des Gerichts . . . . .	192
III. Inhaltliche Unbestimmtheit der harten Patronatserklärung? . . . . .	192
1. Unterschiedliche Bezugspunkte des Bestimmtheitserfordernisses . . . . .	192
2. Die Unbestimmtheit im Zeitpunkt des Vertragsschlusses . . . . .	193
a) Das schuldrechtliche Bestimmtheitserfordernis . . . . .	193
b) Besondere Ausprägungen des Bestimmtheitsgebots im Bürgschaftsrecht . . . . .	194
3. Die Unbestimmtheit der Leistungspflicht bei Fälligkeit . . . . .	196
§ 12 Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen die Vorschriften über Allgemeine Geschäftsbedingungen? . . . . .	197
I. Die Entscheidung des LG München I . . . . .	197
II. Die harte Patronatserklärung als Allgemeine Geschäftsbedingung . . . . .	198
1. Die harte Patronatserklärung als vorformulierte Vertragsbedingung . . . . .	198
2. Das einseitige Stellen der Vertragsbedingung . . . . .	199
a) Verwender . . . . .	199
b) Einseitiges Stellen oder Aushandeln der Vertragsbedingungen? . . . . .	200
c) Anwendbarkeit der §§ 305ff. BGB bei wirtschaftlichem und intellektuellem Machtgleichgewicht . . . . .	202
d) Geringere Anforderungen an das „Aushandeln“ bei standardisierten Kurzregelungen? . . . . .	204
3. Zwischenergebnis . . . . .	206
III. Die harte Patronatserklärung als überraschende Klausel? . . . . .	206
IV. Voraussetzungen einer Inhaltskontrolle nach §§ 307ff. BGB . . . . .	207
1. Geltung des § 307 Abs. 3 S. 1 BGB bei atypischen Verträgen . . . . .	207
2. Patronatserklärung und Leistungsbeschreibung . . . . .	209
a) Kontrollfähiger und kontrollfreier Leistungsbereich . . . . .	209
b) Der Kern der Leistungszusage bei der harten Patronatserklärung . . . . .	210

aa) Die auf eine bestimmte Forderung bezogene Patronatserklärung	210
bb) Die auf sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers bezogene Patronatserklärung	211
V. Verstoß gegen § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	212
1. Unangemessene Benachteiligung bei der auf bestimmte Verbindlichkeiten beschränkten Patronatserklärung?	212
a) Der Standpunkt des LG München I	212
b) Unangemessenheit der herkömmlichen harten Patronatserklärung?	213
2. Unangemessene Benachteiligung bei weitergehendem Sicherungsumfang	216
VI. Verstoß gegen das Transparenzgebot	216
1. Das Transparenzgebot	216
2. Der Standpunkt des LG München I	217
3. Die harte Patronatserklärung am Maßstab des Transparenzgebotes	218
VII. Ergebnis	220
§ 13 Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen die guten Sitten oder ein Schriftformerfordernis?	221
I. Keine Sittenwidrigkeit bei der auf bestimmte Verbindlichkeiten beschränkten Patronatserklärung	221
1. Verhältnis von § 138 Abs. 1 BGB zu § 307 Abs. 1 BGB	221
2. Sittenwidrigkeit wegen Übersicherung?	222
II. Sittenwidrigkeit bei weitergehendem Sicherungsumfang	224
III. Verstoß gegen ein Schriftformerfordernis?	224
IV. Ergebnis	225
§ 14 Die prozessuale Durchsetzung der harten Patronatserklärung	225
I. Meinungsstand	225
II. Praktische Bedeutung der Ausstattungsklage	227
III. Das Bestimmtheitsgebot im Zivilprozessrecht	229
IV. Die Patronatserklärung als Wahlschuldverhältnis	230
V. Die Patronatserklärung als beschränkte Wahlschuldbefugnis	231
VI. Das Ausstattungswahlrecht als Bestimmungsrecht nach § 315 BGB	233
VII. Die Erfolgsbezogenheit der harten Patronatserklärung als Grundlage der prozessualen Durchsetzung	235
1. Das Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht	235
2. Gerichtliche Durchsetzung erfolgsbezogener Handlungen	237

3. Der erfolgsbezogene Klageantrag bei der harten Patronatserklärung . . . . .	238
4. Bestimmtheit eines hinsichtlich der Leistungshöhe nicht fixierten Klageantrags . . . . .	240
a) Allgemeine Fragestellung . . . . .	240
b) Die hinreichende Bestimmtheit des Antrags aus der Sicht des Schuldners . . . . .	240
c) Die Bestimmtheit des Titels als Voraussetzung der Zwangsvollstreckung . . . . .	241
d) Das Bestimmtheitsgebot als Grundlage prozessualer Nebenentscheidungen . . . . .	243
5. Erfolgsbezogene Formulierung und Weiterleitungsrisiko . . . . .	244
6. Möglichkeit der prozessualen Durchsetzung ohne Verfahrenswiederholung . . . . .	245
7. Zulässigkeit der zeitlichen Streckung . . . . .	245
a) Zulässigkeit einer Klage auf Herbeiführung und Aufrechterhaltung eines Dauerzustandes . . . . .	245
b) Erfüllung der Kreditverbindlichkeit als zeitlicher Endpunkt der Ausstattungspflicht . . . . .	247
8. Zwischenergebnis . . . . .	247
VIII. Unwirksamkeit als Rechtsfolge fehlender Einklagbarkeit? . .	247
IX. Zusammenfassung . . . . .	249
§ 15 Einwendungen und Einreden . . . . .	249
I. Einwendungen und Einreden des Patrons . . . . .	249
II. Vom Kreditnehmer abgeleitete Einwendungen und Einreden . . . . .	250
1. Terminologische Vorklärung und Meinungsstand . . . . .	250
2. Rechtshindernde und rechtsvernichtende Einwendungen . . . . .	252
a) Grundsatz: Beachtlichkeit der fremden Einwendung . . . . .	252
b) Ausnahme: Erstreckung der Patronatsverbindlichkeit auf einen Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung . . . . .	253
3. Rechtshemmende Einreden . . . . .	255
a) Peremptorische Einreden . . . . .	255
aa) Wortlaut und Interessenlage . . . . .	255
bb) Ergänzende Vertragsauslegung nach der Interessenlage . . . . .	256
cc) Anknüpfung an gesetzliche Regelungsvorbilder und Akzessorietät . . . . .	256
(1) Die Heranziehung gesetzlicher Wertungsmodelle . . . . .	256
(2) Die analoge Anwendung des § 768 Abs. 1 S. 1 BGB auf die harte Patronatserklärung . . . . .	257

b) Ausnahme bei dilatorischen Einreden? . . . . .	258
c) Die Einrede der Anfechtbarkeit . . . . .	258
d) Die Einrede der Aufrechenbarkeit . . . . .	259
III. Zusammenfassung . . . . .	262
4. Kapitel. Leistungsstörungen . . . . .	263
§ 16 Unmöglichkeit der Ausstattung . . . . .	263
I. Einleitung . . . . .	263
II. Unmöglichkeit wegen fehlender Mittel oder verweigerter Mitwirkung des Kreditnehmers? . . . . .	263
III. Teilunmöglichkeit bei Verzögerung der Ausstattung? . . . . .	265
1. Meinungsstand . . . . .	265
2. Präventive Ausstattung als zwingender Leistungsinhalt? . . . . .	265
3. Keine Unmöglichkeit wegen (vermeintlichen) Dauerschuldcharakters . . . . .	267
§ 17 Die unterbliebene oder unzureichende Ausstattungsleistung . . . . .	268
I. Abgrenzung von Verzug und Schlechterfüllung . . . . .	268
II. Fälligkeit . . . . .	270
III. Mahnung . . . . .	270
IV. Vertretenmüssen . . . . .	272
1. Voraussetzungen und Meinungsstand . . . . .	272
2. Vertretenmüssen ohne Verschulden? . . . . .	273
3. Das Vertretenmüssen in den unterschiedlichen Phasen der Erfüllung . . . . .	274
a) Beschaffungsphase . . . . .	274
b) Ausstattungsphase . . . . .	275
c) Weiterleitungsphase . . . . .	276
d) Zwischenfazit . . . . .	277
V. Primäre Rechtsfolge: Ersatz des Verzögerungsschaden . . . . .	277
1. Der Verzögerungsschaden . . . . .	277
2. Möglichkeit zur abstrakten Schadensberechnung bei der Besicherung einer Geldforderung . . . . .	278
a) Abstrakte Berechnung des Verzögerungsschaden nach § 288 Abs. 1 und 2 BGB? . . . . .	278
b) Geltendmachung des mit dem Kreditgeber vereinbarten Zinssatzes nach § 288 Abs. 3 BGB? . . . . .	279
c) Abstrakte Berechnung der entgangenen Anlagezinsen . . . . .	280
3. Zwischenergebnis . . . . .	281
VI. Weitergehende Rechtsfolge: Schadensersatz statt der Leistung . . . . .	281
1. Anwendbarkeit der §§ 280, 281 BGB . . . . .	281
2. Rechtsfolge: Schadensersatz statt der Leistung . . . . .	283

a) Eingrenzung der Untersuchung auf die Besicherung von Bankdarlehen . . . . .	283
b) Schadensersatz wegen der ganzen Leistung? . . . . .	285
c) Schadensersatz wegen ausgebliebener Teilleistung . . . . .	286
d) Zwischenergebnis . . . . .	286
VII. Erweiterte Haftung bei verzugsbedingter Kündigung des Kreditvertrages . . . . .	287
1. Fragestellung . . . . .	287
2. Voraussetzungen der Darlehenskündigung . . . . .	287
a) Gesetzliche Kündigungsrechte . . . . .	287
b) Vertragliche Kündigungsrechte . . . . .	288
3. Primäre Rechtsfolge der Kündigung: Rückzahlungsanspruch gegen Kreditnehmer . . . . .	289
4. Kündigungsbedingte Ansprüche des Kreditgebers gegen den Patron . . . . .	290
a) Meinungsstand . . . . .	290
b) Unmöglichkeit der Ausstattung als Kündigungsfolge? . . . . .	291
5. Pflichtverletzung bei der Ausstattung zur Rückzahlung nach Kündigung . . . . .	292
§ 18 Leistungsstörung durch Beteiligungsaufgabe? . . . . .	293
I. Meinungsstand . . . . .	293
II. Schadensersatz wegen Unmöglichkeit aufgrund der Beteiligungsaufgabe? . . . . .	294
1. Fortbestehende Ausstattungsmöglichkeit auch nach Beteiligungsaufgabe . . . . .	294
2. Keine Unmöglichkeit durch Eintritt einer auflösenden Bedingung . . . . .	294
III. Störung der Geschäftsgrundlage . . . . .	296
IV. Ergebnis . . . . .	296
§ 19 Leistungsstörung durch Insolvenz des Kreditnehmers . . . . .	297
I. Problemstellung und Meinungsstand . . . . .	297
II. Keine generelle Unmöglichkeit der Ausstattung . . . . .	299
III. Unmöglichkeit der Nachholung präventiver Pflichten? . . . . .	301
IV. Unmöglichkeit durch Verlust der Verfügungsbefugnis? . . . . .	302
V. Unmöglichkeit wegen unverhältnismäßigen Aufwandes? . . . . .	303
VI. Kontrollüberlegung . . . . .	303
VII. Reaktionsmöglichkeiten des Kreditgebers . . . . .	304
VIII. Besonderheiten bei kapitalersetzender Kreditbesicherung . . . . .	306
1. Sicherung eines in der Krise gewährten Drittkredits . . . . .	306
2. Stehenlassen der Sicherung nach Eintritt der Krise . . . . .	308
IX. Zusammenfassung . . . . .	311

5. Kapitel. Regress und Kündigung der Patronatserklärung . . . . .	313
§20 Der Regress des Patrons gegen den Kreditnehmer . . . . .	313
I. Die unterschiedlichen Fallgruppen des Rückgriffs . . . . .	313
II. Meinungsstand . . . . .	314
III. Der Regress des Patrons nach Ausstattung des Kreditnehmers . . . . .	317
1. Das Innenverhältnis zwischen Patron und Kreditnehmer . . . . .	317
2. Regressanspruch aus Auftrag oder Geschäftsbesorgung .	318
3. Regressanspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag . .	318
a) Geschäftsführung für einen anderen . . . . .	318
b) Teleologische Reduktion der GoA-Regeln? . . . . .	320
c) Rechtsfolgen . . . . .	321
4. Eigener Anspruch aus gesamtschuldnerischer Ausgleichspflicht? . . . . .	322
IV. Der Regress des Patrons nach Direktleistung an den Kreditgeber . . . . .	323
1. Direktleistung als Dritter nach §267 BGB . . . . .	323
a) Keine Regressansprüche aus Zession . . . . .	323
b) Regressansprüche aus dem Innenverhältnis . . . . .	324
aa) Bei Auftrag, Geschäftsbesorgung oder berechtigter GoA . . . . .	324
bb) Bei unberechtigter GoA . . . . .	324
2. Direktleistung an Erfüllungs statt . . . . .	326
a) Cessio legis nach §774 Abs.1 S.1 BGB analog . . . . .	326
b) Regressmöglichkeiten aus dem Innenverhältnis . . . . .	329
V. Der Regress des Patrons nach Schadensersatzleistung . . . . .	329
1. Voraussetzungen einer gesamtschuldnerischen Haftung .	329
a) Einheitliches Leistungsinteresse . . . . .	329
b) Gleichstufigkeit . . . . .	331
2. Rechtsfolge . . . . .	332
VI. Zusammenfassung . . . . .	333
§21 Die Kündigung der harten Patronatserklärung . . . . .	334
I. Problemstellung . . . . .	334
II. Die Kündigung der Bürgschaft . . . . .	335
III. Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf die harte Patronatserklärung . . . . .	337
1. Kündigungsmöglichkeiten bei der harten Patronatserklärung . . . . .	337

2. Kündigungsgründe . . . . .	338
a) Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kreditnehmers . . . . .	338
b) Aufgabe der Gesellschafterstellung . . . . .	339
IV. Ergebnis . . . . .	339

## Dritter Teil

## Die weiche Patronatserklärung

1. Kapitel. Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsmethode . . . . .	343
§ 22 Die einzelnen Erklärungstypen . . . . .	343
I. Die exemplarische Betrachtungsweise . . . . .	343
II. Auskunftserklärungen . . . . .	343
III. Verhaltenspflichten . . . . .	347
IV. Die kasuistische Darstellungsweise . . . . .	350
§ 23 Möglichkeiten der Systematisierung . . . . .	351
I. Vorteil einer Systematisierung . . . . .	351
II. Systematisierungsmöglichkeiten unterhalb der Abstraktionsstufe „Weiche Patronatserklärung“ . . . . .	352
2. Kapitel. Die weiche Patronatserklärung in Gestalt der Auskunft . . . . .	354
§ 24 Meinungsstand . . . . .	354
I. Unmittelbare vertragliche Einstandspflicht des Patrons . . . . .	354
II. Haftung aus einem Auskunftsvertrag . . . . .	356
III. Haftung aus culpa in contrahendo . . . . .	359
IV. Einstandspflicht aufgrund vertrauensgestützter Haftungsmodelle . . . . .	360
§ 25 Regelfall: Keine vertragliche Übernahme einer Einstands- oder Ausstattungsspflicht . . . . .	360
I. Der Wortlaut der einzelnen Erklärungsformen . . . . .	360
1. Keine explizite Äußerung eines Einstands- oder Ausstattungswillens . . . . .	360
2. Abweichende Beurteilung bei der Geschäftspolitik Klausel? . . . . .	361
a) Der Hinweis auf die Geschäftspolitik . . . . .	361
b) Der Hinweis auf eine künftige Geschäftspolitik . . . . .	363
3. Abweichende Beurteilung bei der Loyalitätsklausel? . . . . .	364

4. Zwischenergebnis und weiteres Untersuchungsprogramm . . . . .	366
II. Der Verhandlungsverlauf . . . . .	366
III. Geschäftserfahrung der Beteiligten . . . . .	367
IV. Inanspruchnahme von Vertrauen als Grundlage einer rechtsgeschäftlichen Einstandspflicht? . . . . .	369
V. Die Lehre von der Erklärungshaftung . . . . .	370
VI. Sonstige auslegungsrelevante Umstände . . . . .	372
VII. Interpretatio contra proferentem . . . . .	374
1. Die Unklarheitenregel nach §305 c Abs.2 BGB . . . . .	374
2. Die interpretatio contra proferentem als allgemeiner Grundsatz . . . . .	376
VIII. Ergebnis . . . . .	378
§26 Haftung des Patrons aus einem Auskunftsvertrag . . . . .	378
I. Gesetzliche Regelung der Auskunftshaftung . . . . .	378
II. Auskunftshaftung aufgrund vorangegangenen Vertragsschlusses . . . . .	380
1. Ausdrücklich abgeschlossener Auskunftsvertrag . . . . .	380
2. Auskunftspflicht im Rahmen eines Vertrages anderen Inhalts . . . . .	381
III. Auskunftshaftung auf der Grundlage eines stillschweigend geschlossenen Auskunftsvertrages . . . . .	382
1. Die Konstruktion des stillschweigend geschlossenen Auskunftsvertrages . . . . .	382
2. Die Kritik am stillschweigend geschlossenen Auskunftsvertrag . . . . .	383
3. Vertragliche Haftung bei der weichen Patronatserklärung . . . . .	384
§27 Begründung eines Schuldverhältnisses nach §311 Abs.3 BGB durch die weiche Patronatserklärung . . . . .	386
I. Alternative Lösungsmodelle . . . . .	386
II. Die bisherige Rechtsprechung zur Eigenhaftung Dritter . . . . .	388
1. Das Verhältnis der Neuregelung zur bisherigen Rechtsprechung . . . . .	388
2. Die Haftung wegen eigenen wirtschaftlichen Interesses . . . . .	388
3. Haftung aufgrund besonderer Vertrauensstellung . . . . .	390
III. Inanspruchnahme besonderen Vertrauens . . . . .	391
1. Die Gewährübernahme . . . . .	391
a) Allgemeine Grundsätze . . . . .	391
b) Die Gewährübernahme bei der weichen Patronatserklärung . . . . .	393

c) Abweichende Beurteilung bei Kenntnisnahme- und Einverständnisklausel . . . . .	393
2. Die Inanspruchnahme von Vertrauen „für sich“ . . . . .	394
3. Der rechtsgeschäftliche Bezug des Vertrauens . . . . .	394
4. Die Quelle des Vertrauens . . . . .	395
a) Objektivität und Neutralität des Dritten als Quelle des Vertrauens? . . . . .	395
b) Die Vertrauensstellung des Patrons . . . . .	396
5. Zwischenergebnis . . . . .	397
IV. Die Beeinflussung des Verhandlungsergebnisses . . . . .	398
1. Problemstellung . . . . .	398
2. Meinungsstand . . . . .	399
3. Die allgemeine Beweislastverteilung im Bereich der Auskunftshaftung . . . . .	400
a) Beweislastumkehr aufgrund des Zwecks der Aufklärungspflicht . . . . .	400
b) Beweislastumkehr aufgrund von Erfahrungssätzen? . . . . .	401
c) Anscheinsbeweis aufgrund von Erfahrungssätzen . . . . .	402
d) Der abweichende Standpunkt des XI. Zivilsenats . . . . .	403
4. Übertragung dieser Grundsätze auf die weiche Patronatserklärung . . . . .	404
5. Ergebnis . . . . .	406
§28 Pflicht zur wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskunft . . . . .	406
I. Allgemeine Grundsätze . . . . .	406
II. Pflichtverletzung bei der Kapitalanteilklausel . . . . .	408
III. Pflichtverletzung bei der Kontrollklausel . . . . .	409
IV. Pflichtverletzung bei der Beteiligungsklausel . . . . .	410
V. Pflichtverletzung bei der Geschäftspolitik- und der Prinzipienklausel . . . . .	411
1. Prinzip und Geschäftspolitik . . . . .	411
2. Der inhaltliche Bezugspunkt von Prinzip und Geschäftspolitik . . . . .	412
VI. Pflichtverletzung bei der Verbindlichkeitsklausel . . . . .	413
VII. Pflichtverletzung bei der Vertrauensklausel . . . . .	414
VIII. Pflichtverletzung bei der Loyalitätsklausel . . . . .	415
§29 Nachträgliche Berichtigungs- und Unterrichtungspflichten . . . . .	417
I. Meinungsstand . . . . .	417
II. Nachträgliche Berichtigung einer ursprünglich falschen Auskunft . . . . .	418
1. Pflichten zur nachträglichen Berichtigung in der Rechtsprechung . . . . .	418

2. Übertragung dieser Wertung auf die weiche Patronatserklärung . . . . .	419
a) Anfängliche Unrichtigkeit . . . . .	419
b) Nachträgliche Berichtigungspflicht . . . . .	420
c) Abweichende Beurteilung bei der Vertrauensklausel . . . . .	421
III. Nachträgliche Ergänzung einer ursprünglich richtigen Auskunft . . . . .	422
1. Die Entscheidung des BGH zur Scheckauskunft . . . . .	422
2. Übertragung dieser Wertung auf die weiche Patronatserklärung . . . . .	424
a) Argumente für eine Ergänzungspflicht . . . . .	424
b) Gebot der Zurückhaltung bei der Konstruktion nachträglicher Pflichten . . . . .	425
c) Das Zeitmoment . . . . .	426
aa) Der enge zeitliche Zusammenhang als Voraussetzung der Ergänzungspflicht . . . . .	426
bb) Das Zeitmoment bei der weichen Patronatserklärung . . . . .	427
d) Schadenswahrscheinlichkeit . . . . .	428
e) Zumutbarkeit . . . . .	430
3. Ergebnis . . . . .	431
IV. Weitergehende Pflichten bei Stellung als „Sachwalter“? . . . . .	432
§ 30 Schadensersatzanspruch bei Pflichtverletzung . . . . .	434
I. Kausalzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schadenseintritt . . . . .	434
1. Der Kausalzusammenhang bei Verstoß gegen die anfängliche Wahrheits- und Vollständigkeitspflicht . . . . .	434
2. Der Kausalzusammenhang bei der Verletzung nachträglicher Berichtigungs- oder Unterrichtungspflichten . . . . .	436
3. Die Rechtsfolgen der Pflichtverletzung . . . . .	436
II. Ergebnis . . . . .	437
§ 31 Haftung aus „Konzernvertrauen“ . . . . .	438
I. Meinungsstand . . . . .	438
1. Meinungsstand bis zur Swissair-Entscheidung . . . . .	438
a) Konzernvertrauenshaftung auf der Grundlage eines allgemeinen Vertrauensstatbestandes . . . . .	438
b) Vertrauensstatbestand durch widersprüchliches Verhalten . . . . .	440
c) Konzernvertrauenshaftung als Rechtsscheinhaftung . . . . .	441
d) Vertrauenshaftung aufgrund allgemeiner Hinweise auf die Konzerneinheit . . . . .	442
e) Vertrauenshaftung nach den Grundsätzen der c.i.c. . . . .	443
f) Ablehnende Stimmen . . . . .	444
2. Die Swissair-Entscheidung . . . . .	446

a) Der Tatbestand . . . . .	446
b) Die Entscheidungsgründe . . . . .	447
3. Die Motor-Columbus-Entscheidung . . . . .	449
4. Meinungsstand nach den Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts . . . . .	450
II. Konzernvertrauenshaftung als Unterfall der allgemeinen Vertrauenshaftung? . . . . .	452
III. Rechtsscheinhaftung . . . . .	454
IV. Die Vertrauenshaftung kraft widersprüchlichen Verhaltens . . . . .	456
1. Grundsatz . . . . .	456
2. Ausnahme bei Störung der Privatautonomie? . . . . .	457
3. Erfüllungshaftung wegen widersprüchlichen Verhaltens und c.i.c. . . . .	459
V. Haftung aus c.i.c. . . . .	460
1. Generelle Eignung als Grundlage einer vertrauensgestützten Einstandshaftung im Konzern . . . . .	460
2. Erfordernis einer erneuten Prüfung des § 311 Abs. 3 S. 2 BGB . . . . .	461
3. Fallgruppenbildung . . . . .	462
4. Vertrauenstatbestand durch Betonung der Konzerneinheit . . . . .	462
a) Konzernverhältnis als haftungsbegründendes Element? . . . . .	462
b) Übereinstimmung von Firmenbestandteilen als Vertrauenstatbestand? . . . . .	463
c) Verwendung konzerneigener Kennzeichen als Vertrauensgrundlage? . . . . .	464
d) Zwischenergebnis . . . . .	465
5. Vertrauenstatbestand durch „Hineindrängen“ in den Vertrag . . . . .	466
a) Die Erklärungsumstände . . . . .	466
b) Vertrauenshaftung und privatautonome Selbstbestimmung . . . . .	467
6. Inanspruchnahme von Vertrauen auf ein freiwilliges Eintreten bei einer Auskunftserklärung . . . . .	469
VI. Ergebnis . . . . .	470
VII. Anspruch aus § 826 BGB . . . . .	470
VIII. Abschließende Würdigung . . . . .	473
 3. Kapitel. Sonstige Erscheinungsformen der weichen Patronatserklärung . . . . .	 474
§ 32 Die Stillhalteklauseel . . . . .	474
I. Einleitung . . . . .	474
II. Meinungsstand . . . . .	475

III. Vertragliche Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Beteiligung . . . . .	476
IV. Veräußerungsgleiche Maßnahmen . . . . .	477
1. Kapitalerhöhungen . . . . .	477
2. Kapitalherabsetzungen . . . . .	479
3. Nachträgliche Schaffung stimmrechtsloser Gesellschaftsanteile . . . . .	480
4. Vereinbarkeit von Leitungsbefugnis und externer Bindung . . . . .	480
5. Veränderungsverbot als unzulässige Stimmbindung gegenüber Dritten . . . . .	481
a) Zulässigkeit der schuldrechtlichen Stimmbindung gegenüber Dritten . . . . .	481
b) Rechtsfolge der unwirksamen Stimmbindung . . . . .	485
V. Ansprüche bei Zuwiderhandlung . . . . .	486
1. Anspruch auf Rückgängigmachung der Veräußerung . . . . .	486
2. Anspruch auf Geldersatz . . . . .	487
a) Problemstellung . . . . .	487
b) Schadensverursachung durch neuen Gesellschafter . . . . .	488
aa) Nachweis der äquivalenten Kausalität . . . . .	488
bb) Nachweis der adäquaten Kausalität . . . . .	489
cc) Lehre vom Schutzzweck der Norm . . . . .	490
dd) Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens . . . . .	491
ee) Zwischenergebnis . . . . .	491
c) Keine nachweisbare Schadensverursachung durch Beteiligungserwerber . . . . .	492
aa) Die äquivalente Kausalität . . . . .	492
bb) Das rechtmäßige Alternativverhalten . . . . .	493
VI. Prozessuale Durchsetzung der Unterlassungspflicht . . . . .	495
VII. Reaktionsmöglichkeiten gegenüber dem Kreditnehmer . . . . .	496
1. Recht zur außerordentlichen Kündigung? . . . . .	496
2. Nachsicherungsrecht nach den AGB-Banken/AGB-Sparkassen . . . . .	498
3. Anpassung wegen Störung der Geschäftsgrundlage . . . . .	499
VIII. Ergebnis . . . . .	501
§ 33 Die Einflussklausel . . . . .	501
I. Inhalt . . . . .	501
II. Meinungsstand . . . . .	502
III. Rechtsgeschäftliche Bindung . . . . .	504
IV. Hinreichende Bestimmtheit . . . . .	505
V. Das Instrumentarium der Einflussnahme . . . . .	507
VI. Die Intensität der Einflussnahme . . . . .	508

1. Weite Auslegung zur Wahrung des Kreditsicherungsinteresses? . . . . .	508
2. Wortlaut und Zweck der Einflussklausel . . . . .	509
3. Möglichkeit der Einflussnahme bei Bestehen eines Beherrschungsvertrages . . . . .	511
a) Sicherung des Gesellschaftsvermögens der Tochtergesellschaft . . . . .	511
b) Weisung zur bevorzugten Befriedigung des Kreditgebers . . . . .	511
aa) Sittenwidrigkeit der Weisungserteilung? . . . . .	511
bb) Sittenwidrigkeit des Gläubigerverhaltens? . . . . .	514
cc) Pflicht des Patrons zur Weisungserteilung . . . . .	515
4. Möglichkeit der Einflussnahme durch den GmbH-Mehrheitsgesellschafter . . . . .	515
5. Möglichkeiten der Einflussnahme im faktischen Konzern . . . . .	515
VII. Sonstige Pflichten des Patrons . . . . .	516
VIII. Probleme der Beweisführung . . . . .	517
1. Beweis der Pflichtverletzung . . . . .	517
a) Beweiserleichterung bei wirtschaftlicher Fehlentwicklung des Kreditnehmers? . . . . .	517
b) Beweiserleichterung in Gestalt eines Anscheinsbeweises? . . . . .	518
c) Beweislastumkehr nach Organisations- und Gefahrenbereichen? . . . . .	519
2. Verschuldensvermutung und Gehilfenhaftung . . . . .	520
3. Kausalitätsnachweis . . . . .	521
IX. Ergebnis . . . . .	522
§ 34 Die Informations- und Neuverhandlungsklausel . . . . .	522
I. Information über geplante Beteiligungsveräußerung . . . . .	522
1. Einleitung . . . . .	522
2. Meinungsstand und Rechtsnatur . . . . .	523
3. Auslöser der Informationspflicht . . . . .	523
a) (Wesentliche) Veränderung der Beteiligungsverhältnisse . . . . .	523
b) Zeitpunkt der Information . . . . .	525
4. Ansprüche bei Verletzung der Informationspflicht . . . . .	526
a) Pflichtverletzung . . . . .	526
b) Der Kausalitätsbeweis . . . . .	527
II. Zusatzvereinbarung zur Neuverhandlung . . . . .	527
1. Verhandlungspflicht . . . . .	527
2. Pflicht zum Bemühen um eine „zufriedenstellende Lösung“ . . . . .	529
3. Kausalitätsnachweis . . . . .	530
4. Kautelarjuristische Konsequenzen . . . . .	531
III. Ergebnis . . . . .	532

## Vierter Teil

## Die Patronatserklärung ad incertas personas

§ 35	Einführung und Meinungsstand	533
	I. Begrifflichkeit und Erscheinungsformen	533
	1. Patronatserklärungen in den Geschäftsberichten von Banken	533
	2. Sonstige Erscheinungsformen der Patronatserklärungen ad incertas personas	534
	II. Gründe für die Abgabe einer Patronatserklärung ad incertas personas	535
	III. Eingrenzung der Untersuchung	537
	IV. Meinungsstand	537
	1. Rechtsprechung	537
	2. Schrifttum	539
§ 36	Der Rechtsfolgewille bei der Patronatserklärung ad incertas personas	542
	I. Allgemeine Grundsätze zur Behandlung einer Offerte ad incertas personas	542
	II. Dogmatische Bedenken hinsichtlich einer Offerte ad incertas personas	543
	1. Kein Verstoß gegen das schuldrechtliche Bestimmtheitsgebot	543
	2. Fehlender Rechtsfolgewille des Patrons?	544
	III. Feststellung des Rechtsfolgewillens nach allgemeinen Grundsätzen	546
	IV. Abgrenzung zur invitatio ad offerendum	547
§ 37	Die Patronatserklärung ad incertas personas als Vertrag oder einseitiges Leistungsversprechen?	548
	I. Problemstellung	548
	II. Das Vertragserfordernis nach § 311 Abs. 1 BGB	550
	III. Möglichkeiten zur Durchbrechung des Vertragsdogmas	551
	IV. Anspruch kraft Vertrauenshaftung	552
	V. Haftung aufgrund einseitigen Leistungsversprechens?	553
	1. Die Auslobung als verallgemeinerungsfähiges Konzept?	553
	2. Der Zweck des Vertragsdogmas	554
	a) Der Schutz vor einer aufgedrängten Bereicherung als Motiv des § 311 Abs. 1 BGB?	554

b) Weitergehende ratio legis des § 311 Abs. 1 BGB . . . . .	555
3. Die Wertungsgrundlagen des § 657 BGB . . . . .	560
a) Hinweise in den Gesetzesmaterialien . . . . .	560
b) Die Deutungsversuche in der Literatur . . . . .	562
c) Keine klar abgrenzbare Motivation des Gesetzgebers . . . . .	564
4. Wertungstransfer auf die Patronatserklärung ad incertas personas? . . . . .	565
5. Die Sperrwirkung des § 311 Abs. 1 BGB . . . . .	566
6. Sonstige Auflockerungen des Vertragsdogmas . . . . .	568
7. Zwischenergebnis . . . . .	571
VI. Der Zugang des Angebots beim Empfänger . . . . .	571
§ 38 Die Annahmeerklärung . . . . .	572
I. Annahme durch Tochtergesellschaft oder Kreditgeber? . . . . .	572
II. Der Adressatenkreis des Angebots . . . . .	574
III. Die Annahmeerklärung . . . . .	576
1. Ausdrückliche Annahmeerklärung gegenüber dem Patron . . . . .	576
2. Ausdrückliche Annahmeerklärung gegenüber dem Kreditnehmer . . . . .	576
IV. Annahme ohne ausdrückliche Annahmeerklärung . . . . .	577
1. Problemstellung und Lösungsvorschläge . . . . .	577
2. Schweigen als Annahmeerklärung . . . . .	578
3. Vertragsschluss nach § 151 S. 1 BGB . . . . .	580
a) Anwendbarkeit des § 151 S. 1 BGB . . . . .	580
b) Das Erfordernis einer Betätigung des Annahmewillens . . . . .	581
aa) Meinungsstand . . . . .	581
bb) Der bloße Annahmewille als Annahme im Sinne des § 151 S. 1 BGB? . . . . .	582
(1) Die Konzeption des historischen Gesetzgebers . . . . .	582
(2) Abweichung von der Konzeption der Gesetzesverfasser aus teleologischen Gründen? . . . . .	584
c) Die Betätigung des Annahmewillens . . . . .	587
aa) Meinungsstand . . . . .	587
bb) Allgemeine Anforderungen an die Betätigung des Annahmewillens . . . . .	587
cc) Besondere Problemstellung bei Erklärungen an die Allgemeinheit . . . . .	588
dd) Umkehr der Beweislast für Kenntnis und Annahme . . . . .	589
V. Die Dauer der Angebotsbindung . . . . .	591
1. Meinungsstand . . . . .	591
2. Konkludente Befristung des Antrags? . . . . .	593
3. Widerrufsrecht des Patrons? . . . . .	596
4. Das Zusammenspiel von Antragsbindung und Widerruf . . . . .	597
5. Möglichkeiten zur Auflösung der Angebotsbindung . . . . .	599

§ 39 Die weiche Patronatserklärung ad incertae personas . . . . .	600
I. Die weiche Patronatserklärung ad incertae personas als Vertragsantrag . . . . .	600
II. Die weiche Patronatserklärung ad incertae personas als Grundlage einer Vertrauenshaftung nach §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 und 3 BGB . . . . .	601
1. Meinungsstand . . . . .	601
2. Die Voraussetzungen der Auskunftshaftung . . . . .	603
III. Ergebnis . . . . .	605

## Fünfter Teil

## Untersuchungsergebnisse

1. Teil. Grundlagen . . . . .	609
2. Teil. Die harte Patronatserklärung . . . . .	610
1. Kapitel. Inhalt und Rechtsnatur der harten Patronatserklärung . . .	610
2. Kapitel. Die Ausstattungspflicht des Patrons . . . . .	611
3. Kapitel. Die Wirksamkeit und Klagbarkeit der harten Patronatserklärung . . . . .	612
4. Kapitel. Leistungsstörungen . . . . .	613
5. Kapitel. Regressansprüche und Kündigung der Patronatserklärung . . . . .	614
3. Teil. Die weiche Patronatserklärung . . . . .	615
1. Kapitel. Festlegung des Untersuchungsgegenstandes . . . . .	615
2. Kapitel. Auskunftserklärungen . . . . .	615
3. Kapitel. Sonstige Erscheinungsformen der weichen Patronatserklärung . . . . .	617
4. Teil. Die Patronatserklärung ad incertae personas . . . . .	618
Literaturverzeichnis . . . . .	621
Stichwortverzeichnis . . . . .	647

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung(en)
AGBG	Gesetz zur Regelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
AktG	Aktiengesetz
All ER	All England Law Reports
AllgBegr	Allgemeine Begründung
a.M.	am Main
AmtlBegr	Amtliche Begründung
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
Aufl.	Auflage
AusschussB	Ausschussbericht
BAFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BankR	Bankrecht
BAnz	Bundesanzeiger
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerisch Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
ber.	berichtigt
BerRA	Bericht des Rechtsausschusses
BFH	Bundesfinanzhof

BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Schweizerisches Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BR-Drucks	Bundesrats-Drucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
c.i.c.	culpa in contrahendo
DAR	Deutsches Arbeitsrecht
DB	Der Betrieb
dens.	denselben
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselben(n)
Diske	Diskussionsentwurf
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNotZ	Deutsche Notarzeitung
DRGBI.	Deutsches Reichsgesetzblatt
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DVR	Deutsche Verkehrsteuer-Rundschau
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f., ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
Fr.	Franken
FS	Festschrift

GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GO	Gemeindeordnung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
Großkomm	Großkommentar
GruchB	Beiträge zur Erläuterung des (bis 1871: Preußischen) Deutschen Rechts, begründet von Gruchot
GS	Gedächtnisschrift
hA	herrschende Ansicht
Hdb	Handbuch
HdJ	Handbuch des Jahresabschlusses in Einzeldarstellungen
HGB	Handelsgesetzbuch
hM	herrschende Meinung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HV	Hauptversammlung
IAS	International Accounting Standards
idR	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IFRS	International Financial Reports Standards
InsO	Insolvenzordnung
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinne des
ISr	Internationales Steuerrecht
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Juristische Blätter
JherJB	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
Jhb	Jahrbuch
JurA	Juristische Analysen
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KapGesR	Kapitalgesellschaftsrecht
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Kosten-, Stempel- und Strafsachen
Komm	Kommentar
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
KVStG	Kapitalverkehrsteuergesetz
KWG	Kreditwesengesetz
liSp.	linke Spalte
lit.	litera

LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, herausgegeben von Lindenmaier, Möhring u. a.
LS	Leitsatz
Ltd	Limited
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
mbH	mit beschränkter Haftung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Million(en)
Mod.	Modalität
Mrd.	Milliarde(n)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nds. Rpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
n.F.	neue Fassung
NGCC	Nuova giurisprudenza civile commentata
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	Nordrhein-Westfalen
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.ä.	oder ähnliches
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OGH	Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiet des Zivilrechts
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. 3. 1911
PE	Patronatserklärung(en)
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung
PublG	Publizitätsgesetz
pVV	positive Vertragsverletzung
QBD	Queen's Bench Division
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel (bis 1961 ZAIP)
RdA	Recht der Arbeit
RefE	Referentenentwurf
RegBegr	Regierungsbegründung
RegE	Regierungsentwurf
reSp.	rechte Spalte
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
ROHG	Reichs-Oberhandelsgericht

Rs.	Rechtssache
RStBl	Reichssteuerblatt
RT-Vorlage	Reichstagsvorlage
s.	siehe
S.	Satz, Seite
SAG	Die Schweizerische Aktiengesellschaft
sc.	scilicet
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Sammlung
SMG	Schuldrechtsmodernisierungsgesetz
s.o.	siehe oben
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
StuB	Steuern und Bilanzen
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (bis 1989: SAG)
Tz.	Textziffer
usw.	und so weiter
v	vor, versus
VersR	Versicherungsrecht
VertragsHdb	Vertragshandbuch
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkungen
WarnR	Warneyers Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiet des Zivilrechts
WM	Wertpapiermitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZGesKredW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer(n)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht; bis 1982: Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZNotP	Zeitschrift für die Notarielle Praxis
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.	zustimmend



Erster Teil  
Grundlagen



## 1. Kapitel

# Einführung

## § 1 Einleitung

Die Patronatserklärung wurde in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die Kautelarpraxis in das deutsche Rechtsleben eingeführt.<sup>1</sup> Sie sollte dazu dienen, eine gesetzliche Regelung zu umgehen, die an die herkömmlichen Formen der Kreditsicherung im Konzern eine steuerliche Belastung knüpfte.<sup>2</sup> Die Regelung wurde von der Finanzverwaltung allerdings schon bald auf die Patronatserklärung ausgedehnt und schließlich vom Gesetzgeber im Jahr 1971 abgeschafft.<sup>3</sup> Damit hatte die Patronatserklärung bereits kurz nach ihrer Einführung ihre ursprüngliche Existenzberechtigung verloren, so dass man damit rechnete, dass sie bald wieder aus dem deutschen Kreditsicherungsrecht verschwinden werde. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt. Die Praxis hatte einen anderen Anwendungsbereich entdeckt, in dem die Patronatserklärung den hergebrachten Formen der Kreditsicherung überlegen schien: Unter bilanziellen Gesichtspunkten erlaubte sie es augenscheinlich, dem Kreditgeber eine Sicherheit einzuräumen, ohne dabei – wie die Bürgschaft oder die Garantie – die Bilanzrelationen des Sicherungsgebers zu belasten.<sup>4</sup> Schon im Jahr 1976 trat dem jedoch die Prüfungspraxis entgegen, indem sie die Erscheinungsform, die den klassischen Kreditsicherheiten am ehesten vergleichbar ist, nämlich die so genannte harte Patronatserklärung,<sup>5</sup> als vermerkpflichtig einstufte.<sup>6</sup> Ein zweites Mal schien die Patronatserklärung damit ihrer Funktion beraubt.

Dennoch ist sie zum Erstaunen vieler Kommentatoren nicht aus der Rechtspraxis verschwunden, sondern hat ganz im Gegenteil eine immer größere Verbreitung gefunden. Im Jahr 1997 stellte Wittig fest, dass sie als Sicherungsmittel bei der Finanzierung von Konzerngesellschaften mittlerweile „so alltäglich“ geworden sei, „daß man fast geneigt [sei], sie zu den klassischen bankmäßigen Sicherhei-

---

<sup>1</sup> Zu ihrer Verbreitung in ausländischen Rechtsordnungen vgl. noch die Hinweise unter § 6 V.

<sup>2</sup> § 3 Abs. 2 KVStG (eingeführt durch Gesetz 16. 10. 1934 [RGBl. I S. 1058]; vgl. dazu noch ausführlich unter § 5 I 2).

<sup>3</sup> Ausführlich zu dieser Entwicklung noch unter § 5 I 2.

<sup>4</sup> Vgl. dazu noch die Ausführungen unter § 5 I 3.

<sup>5</sup> Zur Begriffsbestimmung sogleich unter § 4.

<sup>6</sup> *IdW (Hauptfachausschuss)*, WPg 1976, 528, 530, 534f.

ten zu zählen“,<sup>7</sup> und Fleischer konstatierte im Jahr 1999 einen „enormen Bedeutungsaufschwung“ dieses Rechtsinstituts, das sich in Deutschland „sprunghaft entwickelt“ habe.<sup>8</sup> Tatsächlich hat die Patronatserklärung heute in sämtlichen Bereichen des nationalen und internationalen Wirtschaftslebens Fuß gefasst. Insbesondere im Umfeld von Großunternehmen hat sie sich als verbreitete Form der Kreditsicherung<sup>9</sup> etabliert, was zur Folge hat, dass auch die durch sie gesicherten Kreditvolumina zumeist einen erheblichen Umfang annehmen. Ihre wirtschaftliche Bedeutung ist deshalb kaum zu überschätzen.<sup>10</sup>

Der aus dieser Entwicklungsgeschichte erwachsende Eindruck eines „Siegeszuges“ der Patronatserklärung durch das deutsche Kreditsicherungsrecht erweist sich bei näherem Hinsehen jedoch als trügerisch. Bei der Patronatserklärung handelt es sich nämlich nicht um eine konkrete Erklärungsform, sondern hinter der einheitlichen Fassade dieses Begriffs verbirgt sich ein schwer überschaubares Konglomerat von unterschiedlichen Formulierungsmustern, deren Gemeinsamkeiten sich oftmals nur schwer greifen lassen.<sup>11</sup> Die traditionellen Instrumente der Kreditsicherung sind also nicht um eine zusätzliche Gestaltungsform erweitert worden, sondern sie werden von einem wuchernden Rankwerk von Erklärungen umgeben, das wir heute pauschal als Patronatserklärung umschreiben. Diese begriffliche Flexibilität ist nicht zuletzt ein Grund für die auf den ersten Blick erstaunliche Zählbarkeit der Patronatserklärung und ihre heutige Verbreitung.

Obwohl die „Erfolgsgeschichte“ der Patronatserklärung daher in einem gewissen Umfang relativiert werden muss, zeigt sie doch, dass es in der Unternehmenspraxis offensichtlich ein Bedürfnis nach Sicherungsformen unterhalb der Bürgschafts- und Garantieebene gibt, dem durch Patronatserklärungen in verschiedenen Erscheinungsformen Rechnung getragen werden kann. Die daraus resultierende große wirtschaftliche Bedeutung der Patronatserklärung erfordert eine wissenschaftliche Durchdringung, die sich auch auf einige Vorarbeiten stützen kann: Schon im Jahr 1977 erschien die erste, ausschließlich dem Thema „Patronatserklärungen“ gewidmete Dissertation von Mosch. Aus dem gleichen Jahr stammt die seither in zweiter Auflage (1981) vorliegende Monographie von Gerth, die zwar allgemein den atypischen Kreditsicherheiten gewidmet ist, sich aber in erster Linie ebenfalls mit der Patronatserklärung beschäftigt. Insgesamt kann man heute allein im deutschsprachigen Rechtsraum neben unzähligen Zeitschriftenbeiträgen zwölf Monographien zählen, die sich ausschließlich oder doch schwerpunktmäßig mit der „Patronatserklärung“ befassen.<sup>12</sup> Während dabei in

<sup>7</sup> Wittig in BuB 1.97 Rn. 4/2850.

<sup>8</sup> Fleischer, ZHR 1999 (163), 461, 467.

<sup>9</sup> Zum hier verwandten Begriff der Kreditsicherung vgl. noch unter § 4 III 4.

<sup>10</sup> Vgl. dazu noch die Angaben in § 6.

<sup>11</sup> Ausführlich zur begrifflichen Entwicklung § 4.

<sup>12</sup> Neben den beiden vorstehend genannten Dissertationen von Mosch und Gerth sind (in chronologischer Reihenfolge) zu nennen: Stecher: „Harte“ Patronatserklärungen, rechtsdogma-

den früheren Dissertationen noch die allgemeinen materiell-rechtlichen Grundlagen des neuen Rechtsinstituts im Mittelpunkt der Darstellung standen, konzentrieren sich die neueren Arbeiten vornehmlich auf speziellere Aspekte dieses Themenkomplexes. So beschäftigen sich die Arbeiten von Rippert und J. Horn mit rechtsvergleichenden Aspekten der Patronatserklärung, Thiekötter untersucht die besonderen Fragestellungen der Patronatserklärungen in Geschäftsberichten von Banken und Fried widmet seine Arbeit den lange Zeit vernachlässigten weichen Erscheinungsformen der Patronatserklärung.<sup>13</sup> Dass diesen zahlreichen Schriften nun noch eine weitere hinzugefügt werden soll, die nicht etwa die bereits begonnene Fokussierung auf Spezialfragen und Randthemen fortsetzt, sondern mehrere Schritte zurückgeht, um nochmals die Grundlagen aufzuarbeiten, findet seine Rechtfertigung darin, dass das dogmatische und praktische Fundament der Patronatserklärung noch immer als wenig gesichert bezeichnet werden muss.

Die Unsicherheit setzt schon auf der begrifflichen Ebene ein. Die Bezeichnung „Patronatserklärung“ ist zu einem nur noch schwach konturierten Sammelbegriff geworden, der seine Abgrenzungskraft gegenüber verwandten Formen der Kreditsicherung weitgehend verloren hat.<sup>14</sup> Das hat dazu geführt, dass sich mittlerweile selbst wissenschaftliche Kontroversen zuweilen als bloße Scheingefechte darstellen, da schon über die Begriffe, über die gestritten wird, keine Einigkeit herrscht. Erst recht gilt dieser Befund für die in Rechtsverkehr und Rechtswissenschaft gleichermaßen verbreitete Einteilung in harte und weiche Patronatserklärungen, deren Grenzen ebenfalls sehr unterschiedlich gezogen werden.<sup>15</sup>

Die terminologische Unsicherheit setzt sich in den Sachfragen fort. Besonders augenfällig zeigt sie sich darin, dass selbst bei der praktisch wichtigsten und von der Wissenschaft am intensivsten durchleuchteten Erklärungsform, der so genannten harten Patronatserklärung, keine Einigkeit in der zentralen Frage herrscht, welche Hauptpflicht des Patrons sich aus ihr ergeben soll. Der ursprünglich vom BGH vertretenen Einordnung als reiner Ausstattungsverpflichtung<sup>16</sup> sind die Oberlandesgerichte Nürnberg und München im Anschluss

---

tische und praktische Probleme (1978); *Altenburger*: Die Patronatserklärungen als „unechte Personalsicherheiten“ (1979); *I. Seiler*: Die Patronatserklärung im internationalen Wirtschaftsverkehr (1981); *Rippert*: Patronatserklärungen im deutschen und französischen Recht (1982); *Kobhout*: Patronatserklärungen (1984); *D. Hoffmann*: Die Patronatserklärung im deutschen und österreichischen Recht (1989); *Frick*: „Patronatserklärungen – Motive, Sicherheitenwert und Ausweispflicht“ (1989); *Thiekötter*: Die Patronatserklärung ad incertis personas (1998); *Fried*: Die weiche Patronatserklärung (1998); *J. Horn*: Patronatserklärungen im common law und im deutschen Recht (1999).

<sup>13</sup> Vgl. die Nachweise in der vorigen Fn.

<sup>14</sup> Vgl. dazu noch § 4.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Darstellung unter § 4 IV.

<sup>16</sup> BGHZ 117, 127, 130 (obwohl der Entscheidung österreichisches Recht zugrunde lag, stellt der BGH wiederholt auf die deutsche Rechtslage ab).

an eine verbreitete Literaturansicht<sup>17</sup> nicht gefolgt.<sup>18</sup> In einer neueren Entscheidung aus dem Jahr 2003 hat nun auch der BGH diese Frage offen gelassen.<sup>19</sup> Das LG München I hält die Erklärung gar für gänzlich unwirksam.<sup>20</sup> Die Ungewissheit in dieser Kernfrage muss sich zwangsläufig auch auf das übrige Rechtsfolgenprogramm sowie auf die Rechtsnatur der Erklärung erstrecken. Diese dogmatischen Schwierigkeiten, die schon aus dem Verständnis der Erklärung selbst erwachsen, werden zusätzlich noch dadurch verschärft, dass auch der gesetzliche Kontext, in den die Patronatserklärung eingebettet ist, ständigen Veränderungen unterliegt. Lösungskonzepte, die vor 20 Jahren noch überzeugend erschienen, haben durch weitreichende Reformwerke, namentlich die Schuldrechtsreform<sup>21</sup> oder die Neuordnung des Insolvenzrechts<sup>22</sup>, mittlerweile ihre Schlüssigkeit verloren. Zugleich wurden damit teilweise aber auch neue Wege eröffnet, die zu einer erleichterten rechtlichen Einordnung führen können.

Nicht geringer stellt sich der Klärungsbedarf bei den unterschiedlichen Erscheinungsformen der weichen Patronatserklärung dar, die in der Dissertation von Fried aus dem Jahr 1998 erstmals selbständiger Gegenstand einer umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchung waren.<sup>23</sup> Lange Zeit wurde der charakteristische Zug dieses Erklärungstyps in seiner rechtlichen Unverbindlichkeit gesehen,<sup>24</sup> weshalb sie auch heute noch verbreitet als bloßes „gentleman's agreement“ umschrieben wird.<sup>25</sup> Diese Überzeugung ist in den letzten Jahren zunehmend erschüttert worden. Sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Literatur werden aus solchen Erklärungsmustern immer häufiger Auskunfts-, Überwachungs- und vereinzelt selbst garantieähnliche Einstandspflichten des Patrons hergeleitet.<sup>26</sup> Im schweizerischen Rechtsraum wurde auf der Grundlage weicher Patronatserklärungen sogar die eigenständige Rechtsfigur einer „Konzernvertrauenshaftung“ entwickelt, die zunehmend auch im deutschen Rechtsraum Befürworter findet, obgleich ihre Konturen alles andere als scharf gezeichnet sind.<sup>27</sup>

Allein diese Beispiele veranschaulichen zur Genüge, dass die Patronatserklärung trotz der zahlreichen Untersuchungen, die sich in den letzten Jahrzehnten im In- und Ausland mit diesem Rechtsinstitut beschäftigt haben, das „tiefste juri-

<sup>17</sup> Ausführliche Nachweise unter § 7 II 2 und 4.

<sup>18</sup> OLG Nürnberg IPRax 1999, 464, 466 liSp.; OLG München DB 2003, 711 reSp.

<sup>19</sup> BGH WM 2003, 1178, 1180 liSp.

<sup>20</sup> LG München I ZIP 1998, 1956ff. Die Entscheidung wurde aufgehoben durch Versäumnisurteil des OLG München WM 1999, 686 reSp.

<sup>21</sup> Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26. 11. 2001 (BGBl. I S. 3138).

<sup>22</sup> Insolvenzordnung vom 5. 10. 1994 (BGBl. I S 2866).

<sup>23</sup> Fried, Die weiche Patronatserklärung, 1998.

<sup>24</sup> Vgl. dazu noch ausführlich unter § 4 IV 1.

<sup>25</sup> Vgl. etwa Aichinger, Quartalshefte 1978, S. 85; Altenburger, Patronatserklärungen, S. 45; Michalski, WM 1994, 1229, 1230 liSp.; Schnyder, SJZ 1990, 57, 58 liSp.

<sup>26</sup> Vgl. dazu noch §§ 24, 31 I, 32 II, 33 II, 34 I 2.

<sup>27</sup> Vgl. dazu noch ausführlich unter § 31 I.

stische Dunkel“, in dem sie Anfang der 70er Jahre noch verortet wurde,<sup>28</sup> bis heute nicht vollständig verlassen hat. In dieses Dunkel soll die vorliegende Arbeit Licht bringen.

## §2 Gang der Untersuchung

Der Schwerpunkt der Untersuchung soll in erster Linie auf dem materiell-rechtlichen Gehalt der in der Praxis gebräuchlichsten Patronatserklärungen liegen. Zu diesem Zweck muss zunächst der terminologische Wildwuchs gelichtet werden, der den Begriff „Patronatserklärung“ umgibt. Deshalb soll im Folgenden in einem ersten Schritt die tatsächliche Verbreitung dieser Bezeichnung in der deutschen Rechtspraxis und -literatur dargestellt werden, um auf dieser Grundlage von der „Patronatserklärung“ als bloßem Sammelbegriff zu einem operablen Rechtsbegriff zu gelangen (§4). Sodann wird in einem zweiten Schritt der wirtschaftliche Hintergrund, vor dem die Patronatserklärung ihre heutige Verbreitung und Bedeutung gefunden hat, näher dargestellt (§§5 und 6). Zu diesem Zweck wurden im Zuge dieser Arbeit 85 Fragebögen an große deutsche Unternehmen, Banken und Rechtsanwaltskanzleien verschickt, um die rechtstatsächliche Motivation zu erfassen, die Teilnehmer des Rechtsverkehrs veranlassen kann, eine Patronatserklärung abzugeben oder zu akzeptieren.<sup>29</sup> Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse ermöglichten es, ein besseres Verständnis für die wirtschaftliche Funktion der Patronatserklärung zu bekommen und insbesondere auch Aufschluss über ihre heutige Verbreitung im Wirtschaftsleben zu erhalten. Sie bilden daher die empirische Grundlage der Ausführungen in §§6 und 7.

Ist der Begriff der Patronatserklärung somit näher konturiert und die Partemotivation hinreichend klar umrissen, so kann sich die Untersuchung im zweiten Teil den einzelnen Erklärungstypen zuwenden. Am Beginn steht dabei die klassische harte Patronatserklärung, die in ihrer heute weitgehend standardisierten Gestalt der dogmatischen Durchdringung ein hinreichend festes Fundament bietet. Dabei sollen zunächst die zentralen Pflichten herausgearbeitet werden, die sich aus einer solchen Erklärung für die Beteiligten ergeben können (§7), um auf dieser Grundlage ihre Rechtsnatur näher zu bestimmen (§8). Diese Einordnung ist nicht nur von akademischem Interesse, sondern hat eine maßgebliche Präjudizwirkung für die Festlegung des weiteren rechtlichen Regelungsprogramms. Erst sie erlaubt es, die zuvor nur grob skizzierten Leistungspflichten des Patrons

---

<sup>28</sup> So *Rabe* in einem Diskussionsbeitrag zu dem Referat von *Käser* in Freiherr Marschall von Bieberstein, *Garantieverträge* (S. 25ff.), ebenda, S. 49.

<sup>29</sup> Die Resonanz war insbesondere bei den Unternehmen erfreulich. Von 50 angeschriebenen Unternehmen haben 22 den Fragebogen beantwortet. Verhaltener war die Reaktion bei den Banken und Rechtsanwaltskanzleien. Von 20 Banken haben sieben, von 15 Kanzleien vier die Mühe auf sich genommen, den Fragebogen auszufüllen.

zunehmend in den Einzelheiten darzustellen (§§ 9 und 10). Anhand des solchermaßen gezogenen Pflichtenrahmens wird es sodann möglich sein, die Frage nach der Wirksamkeit der harten Patronatserklärung zu beantworten (§§ 11–13). In diesem Zusammenhang wird auch zu erörtern sein, ob die Patronatserklärung prozessual durchsetzbar ist (§ 14) und welche Einwendungen und Einreden der Patron gegen seine Inanspruchnahme geltend machen kann (§ 15). Im Anschluss daran wendet sich die Untersuchung der für die Praxis besonders relevanten Frage zu, welche Rechte dem Kreditgeber zustehen können, wenn der Patron gegen seine Leistungspflichten verstößt (§§ 16–19). Dieser Frage kommt deshalb eine wesentliche Bedeutung zu, weil die prozessuale Durchsetzung der primären Leistungspflichten aus einer harten Patronatserklärung von vielen als ausgesprochen kompliziert, verbreitet sogar als gänzlich unmöglich angesehen wird, so dass sich das Augenmerk der Praxis vornehmlich auf die sekundären Leistungspflichten richtet, die sich aus ihr ergeben können. Zum Abschluss dieses zweiten Teils wird erörtert, inwiefern der Patron nach erbrachter Ausstattungs- oder Schadensersatzleistung gegen den Kreditnehmer Rückgriffsansprüche geltend machen kann (§ 20) und inwieweit es ihm möglich ist, sich nachträglich von der Patronatsverpflichtung wieder zu befreien (§ 21).

Im dritten Teil dieser Arbeit wird sodann die weiche Patronatserklärung besprochen. Während der Terminus harte Patronatserklärung heute überwiegend nur noch zur Bezeichnung eines – zwar in unterschiedlichen Variationen begegnenden, aber dennoch weitgehend standardisierten – Erklärungstyps verwendet wird, verbirgt sich hinter dem Begriff der weichen Patronatserklärung eine unüberschaubare Zahl von ganz unterschiedlichen Erklärungen, deren abstrahierende Erfassung nicht möglich ist. Die Darstellung muss deshalb zwangsläufig exemplarisch bleiben und wird dementsprechend auf die vierzehn gebräuchlichsten Erklärungsmuster reduziert (§ 22 und 23). Da sich immerhin zehn dieser Erklärungsmuster dadurch auszeichnen, dass sie allesamt kein bestimmtes Verhalten des Patrons in Aussicht stellen, sondern lediglich eine Auskunft über unterschiedliche innere oder äußere Tatsachen enthalten, soll im Interesse einer wissenschaftlichen Systematisierung versucht werden, Regeln zu entwickeln, die zumindest für diese Erklärungsmuster allgemeine Geltung beanspruchen können (§§ 24–31). Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der bereits oben kurz angerissenen Frage nach einer garantieähnlichen „Konzernvertrauenshaftung“ des Patrons gewidmet, da mit Hilfe dieser Konstruktion in jüngerer Vergangenheit vielfach versucht wurde, aus dem grundsätzlich schwachen Aussagegehalt weicher Patronatserklärungen dennoch eine starke Sicherung abzuleiten (§ 31). Bei den restlichen vier Erklärungstypen überwiegen die Unterschiede hingegen die Gemeinsamkeiten, so dass hier eine getrennte Darstellung erfolgt (vgl. dazu §§ 32–34).

Während im zweiten und dritten Teil die Situation zugrunde gelegt wird, dass die Patronatserklärung gegenüber einem individuellen Empfänger abgegeben

wird, um einen konkreten Vertragsschluss zu fördern, wendet sich die Untersuchung im vierten Teil dem dogmatisch besonders reizvollen Thema der Patronatserklärung ad incertas personas zu. Dabei wird insbesondere den Fragen nachzugehen sein, inwiefern der Patron überhaupt eine Verbindlichkeit gegenüber einer unüberschaubaren Zahl von Gläubigern seiner Tochtergesellschaft begründen kann und ob er die Möglichkeit hat, sich von dieser ausgesprochen weitgehenden Bindung nachträglich wieder zu befreien. Die Arbeit schließt im fünften Teil mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.

### § 3 Eingrenzung der Untersuchung

Die im Zuge dieser Arbeit durchgeführte Umfrage<sup>30</sup> hat gezeigt, dass der Klärungsbedarf rund um die Patronatserklärung noch ausgesprochen groß ist. Wenngleich versucht wurde, auf die meisten Fragestellungen einzugehen, denen in der Praxis Relevanz beigemessen wurde, lässt die hier vorgenommene Fokussierung auf den materiell-rechtlichen Gehalt der einzelnen Erklärungsformen doch für einige Aspekte des Themenkreises Patronatserklärung keinen Raum. An erster Stelle sind insofern bilanzrechtliche Gesichtspunkte zu nennen, die für die Entwicklung und Verbreitung der Patronatserklärung eine wesentliche Rolle gespielt haben. Da die Praxis hier aber gegenwärtig bereits einen weitgehend unbestrittenen Modus gefunden hat, um Zweifelsfragen bei der Bilanzierung von Patronatserklärungen Rechnung zu tragen,<sup>31</sup> und für die Zukunft die noch andauernde Reform des europäischen Bilanzrechts<sup>32</sup> ohnehin schon bald eine rechtliche Neuausrichtung erforderlich machen wird, soll die genauere Untersuchung dieses Komplexes einer gesonderten Abhandlung vorbehalten bleiben.<sup>33</sup> Weitgehend unberücksichtigt sind daneben auch die spezifisch bankaufsichtsrechtlichen Fragestellungen geblieben.<sup>34</sup> Patronatserklärungen kommen mittlerweile nicht mehr nur im Verhältnis Großunternehmen/Bank, sondern verstärkt auch in anderen Beteiligtenstrukturen zur Anwendung,<sup>35</sup> so dass es nicht sachgerecht wäre, die Untersuchung über Gebühr auf diese besondere Rollenverteilung zu verengen. Zudem befindet sich auch diese Rechtsmaterie derzeit durch die Neu-

<sup>30</sup> Vgl. den vorigen Gliederungspunkt bei Fn. 29.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die Angaben unter § 5 I 3.

<sup>32</sup> Vgl. dazu die Einführung von International Accounting Standards (IAS/IFRS) durch die Verordnung betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards vom 19.07.2002 (EG Nr. 1606/2002 – BilanzrechtVO); einen Überblick über die dadurch angestoßenen Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene geben *Hüttemann*, BB 2004, 203 ff.; *Luttermann* in MünchKomm AktG Einf BilanzR Rn. 152 ff.; *Streim/Esser*, StuB 2004, 736 ff.

<sup>33</sup> Vgl. aber die knappen Ausführungen unter § 5 I 3 und § 35 II.

<sup>34</sup> Vgl. dazu aber noch § 5 I 8.

<sup>35</sup> Vgl. dazu ausführlich unter § 4 III 1.

fassung der Baseler Eigenkapitalübereinkunft (Basel II)<sup>36</sup>, die bis Ende 2006 von den Mitgliedstaaten umgesetzt sein soll,<sup>37</sup> im Umbruch, so dass auch hier eine vertiefte Darstellung nicht sinnvoll erscheint. Nur am Rande konnten schließlich Fragen der Rechtsvergleichung und des internationalen Privatrechts berücksichtigt werden. Obgleich gerade bei der Patronatserklärung angesichts ihrer weltweiten Verbreitung und ihrer häufigen Verwendung bei internationalen Transaktionen der Blick über die Grenze als besonders vielversprechend erscheint, sind die internationalen Aspekte so vielschichtig und das Schrifttum so umfangreich, dass ihnen im Rahmen dieser Arbeit nur vereinzelt Rechnung getragen werden kann.<sup>38</sup> Weitere Eingrenzungen des Untersuchungsgegenstandes werden sich noch aus der im Folgenden vorzunehmenden näheren Bestimmung des Begriffs „Patronatserklärung“ ergeben.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung – im Internet abrufbar über die Homepage der Deutschen Bundesbank, [www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de), mit ausführlichen Erläuterungen und Zusatzdokumentation (abgerufen am 29. 11. 2004); vgl. dazu auch noch die Erläuterungen unter § 5 I 8 sowie die Einführungsaufsätze von *Heinze*, BKR 2002, 212ff.; *Zeitler*, WM 2001, 1397ff.; *Ziegler/Rieder*, ZIP 2002, 2289ff.; Kurzüberblick auch bei *Claussen*, Bank- und Börsenrecht, § 3 Rn. 9a f.

<sup>37</sup> Vgl. den auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter [www.bundesbank.de/bankenaufsicht/bankenaufsicht\\_basel.php](http://www.bundesbank.de/bankenaufsicht/bankenaufsicht_basel.php) (abgerufen am 29. 11. 2004) veröffentlichten Zeitplan.

<sup>38</sup> Zu Fragen des internationalen Privatrechts vgl. *Avancini*, ÖJZ 1983, 546 reSp.; *Gerth*, Atypische Kreditsicherheiten, S. 348ff.; *Haß*, IPRax 2000, 494ff.; *D. Hoffmann*, Patronatserklärung, S. 183ff.; *Kobout*, Patronatserklärungen, S. 67ff.; *Rümker*, WM 1974, 990, 996ff.; *Schütze* in MünchVertragsHdb, Band 3, III.25 Anm. 10; *I. Seiler*, Patronatserklärung, S. 133ff.; *K. Wagner*, Internationale Tätigkeit, S. 34ff.; *von Westphalen*, Exportfinanzierung, S. 395; *Wittig* in BuB 1.97 Rn. 4/2902ff.; *C. U. Wolf*, IPRax 2000, 477ff.; speziell zur Patronatserklärung ad incertae personae im internationalen Privatrecht: *Thiekötter*, Patronatserklärung, S. 99ff.; ein Überblick über die rechtsvergleichenden Darstellungen findet sich in § 6 V Fn. 303 bis 308.

<sup>39</sup> Vgl. dazu die Ausführungen in § 4.

## Stichwortverzeichnis

- Abstrakte Schadensberechnung 278ff., 437
- Äußerungen über die Konzerneinheit 442f., 450ff., 462ff.
- AGB-Banken/AGB-Sparkassen 288f., 497ff.
- Akzessorietät 115ff.
- Allgemeine Geschäftsbedingungen
  - bei der harten Patronatserklärung 103, 112, 197ff.
  - bei der weichen Patronatserklärung 375ff.
  - Inhaltskontrolle 207ff.
  - Transparenzgebot 216ff.
  - Überraschende Klausel 206f.
  - Vorformulierte Vertragsbedingung 198ff.
- Anleihen 16
- Annahmeerklärung
  - Annahme ohne ausdrückliche Erklärung 88ff., 577ff.
  - Annahmewillen als Annahme 581ff.
  - bei der harten Patronatserklärung 88ff.
  - bei der Patronatserklärung ad incertas personas 572ff., 576ff.
  - Zugang der Annahmeerklärung 88ff., 571f.
- Anscheinsbeweis 400, 402ff., 434f., 517ff.
- Arteigene Vorteile der harten Patronatserklärung 55ff., 98
- Atypischer Vertrag 124ff.
- Aufsichtsbehörde 17, 22
- Auftrag 314ff.
- Auskunft
  - Auskunft ad incertas personas 600ff.
  - Auskunftserklärungen 343ff., 355ff.
  - Auskunftsvertrag 356ff., 378ff.
  - Culpa in contrahendo 359f., 386ff., 443f., 454, 459ff., 552f.
  - Eigenhaftung Dritter s. dort
  - Nachträgliche Unterrichtungspflichten s. dort
  - Pflichtverletzung 406ff.
  - Rechtsfolgen der Pflichtverletzung 436f.
  - Rechtsscheinhaftung 355, 360, 441f., 453ff.
  - Sachwalterhaftung 390f., 395f., 432ff., 451f.
  - Vertragliche Einstandspflicht 355ff., 360ff.
  - Vollständigkeitspflicht 406ff.
  - Wahrheitspflicht 406ff.
- Ausländische Tochtergesellschaften 17, 39ff., 70ff.
- Auslegung
  - ergänzende 94f., 104ff.
  - erläuternde 94ff.
  - Verkehrssitte 100ff.
- Auslobung 551ff.
- Außensteuergesetz 39ff.
- Ausstattungspflicht
  - Abgrenzung zur Einstandspflicht 86f., 92ff.
  - Allgemein 77ff., 92ff., 134ff.
  - als erfolgsbezogene Verpflichtung 140f., 235ff.
  - als Existenzhaltungspflicht 152ff.
  - als Liquiditätsgarantie 18, 22, 78, 149ff.
  - Art der Ausstattung 140ff.
  - Bestimmtheit s. Bestimmtheitsgebot
  - Direktleistung 167ff., 323ff.
  - Einflussmöglichkeiten 134ff.
  - Einwendungen und Einreden 249ff.
  - Erfolgsbezogenheit 140ff., 235ff.
  - Fälligkeit 154ff., 270
  - Finanzielle Ausstattung 14, 78f., 140, 142

- Gattungsschuld 274f.
- Kapitalmäßige Ausstattung 14, 78f., 140, 142
- Leistungsstörungen s. dort
- Sonderformen 167ff.
- Treuhänderische Zuwendung 176ff., 223, 241f., 267, 295, 300, 303
- Umfang der Ausstattung 146ff.
- Unmöglichkeit s. dort
- Wirksamkeit 191ff.
  
- Banco Ambrosiano 61
- Bank of England 17
- Bankenaufsicht 9
- Basel II 10, 51
- Begrifflichkeit 5, 11ff.
- Beherrschungsvertrag 136ff., 313f., 474f., 507f., 511ff.
- Beihilfe 19
- Bemühenspflicht 91f.
- Beobachtungspflicht 188f., 275f.
- Berichtigung s. nachträgliche Unterrichtungspflichten
- Beschaffungsrisiko 274f.
- Bestimmtheitsgebot
  - schuldrechtliches 191ff., 505ff., 528, 543ff.
  - zivilprozessuales 229, 240ff.
- Bestimmungsrecht 233ff.
- Beteiligungsaufgabe 293ff., 339, 474ff.
- Beteiligungsklausel 344, 348, 354ff., 361, 410f., 427, 441, 475
- Beweislast
  - Anscheinsbeweis 400, 402ff., 434f., 517ff.
  - Aufklärungskonformes Verhalten 400ff.
  - bei der Auskunftshaftung 398ff., 434ff.
  - bei der Einflussklausel 517ff.
  - bei der harten Patronatserklärung 89f., 272ff.
  - bei der Informationsklausel 526f.
  - bei der Patronatserklärung ad incertas personas 582ff., 589f.
  - bei der Stillhalteklausele 488ff., 492ff.
  - Beweislastumkehr 400ff., 519f.
- Bezugspunkt 83, 347
- Bezugsrecht 478f.
- Bezugsrechtsausschluss 478
  
- Bilanzierungspflicht 9, 35ff., 372f., 536f., 546
- Bilanzrichtliniengesetz 37f.
- Buchungspflicht 53f.
- Bürgschaft 113ff., 335ff.
- Bürgschaftsähnlicher Vertrag 127f.
  
- Caveat-creditor-Prinzip 368f., 426, 448, 457, 467ff.
- Cessio legis 316, 326ff.
- Chartervertragsentscheidung 432f.
- Comfort letter 71
- Corporate Advertising 464f.
- Culpa in contrahendo 359f., 386ff., 443f., 454, 459ff., 552f.
  
- Dauerschuldverhältnis 266f., 335ff.
- Deckungsverhältnis 129ff.
- Devisenrechtliche Beschränkungen 46f., 276, 304
- Direktleistung 167ff., 323ff.
- Drittleistungsbefugnis 167ff., 323ff.
  
- Edelmannfall 458
- Ehrenkodex der Banken 59ff., 536, 546, 548
- Eigenhaftung Dritter
  - Allgemein 359f., 386ff., 443f., 459ff.
  - als Anwendungsfall der c.i.c. 386ff.
  - Beeinflussung des Verhandlungsergebnisses 398ff.
  - Haftung wegen eigenen wirtschaftlichen Interesses 388ff., 397
  - Inanspruchnahme von Vertrauen 388ff.
  - Verhältnis zur Vertrauenshaftung 360, 452ff.
- Eigenmittelausstattung 51f.
- Einflussklausel 349, 501ff.
- Einflussmöglichkeiten des Patrons 134ff., 507ff.
- Eingliederung 137f., 313, 508
- Einlagensicherungsfonds 17
- Einreden
  - Allgemein 249ff.
  - dilatorische 116, 249ff., 258
  - Einrede der Vorausklage 110, 260
  - Einrede der Anfechtbarkeit 251, 258f.
  - Einrede der Aufrechenbarkeit 251, 259ff.

- peremptorische 116, 249ff., 255ff.
- Einseitiges Leistungsversprechen 548ff., 553ff.
- Einstweilige Verfügung 495
- Einverständnisklausel 347, 354ff., 393
- Einwendungen
  - rechtshindernde 116, 249ff.
  - rechtsvernichtende 116, 249ff.
- Erfolgsbezogene Verpflichtung 140f., 235ff.
- Erklärungshaftung 370ff., 477
- Erklärungsmuster 11ff., 77ff., 343ff., 534
- Ermächtigungstreuhand
  - Allgemein 176ff.
  - Bankvertragsrechtliche Ausgestaltung 178f.
  - in der Insolvenz 186ff.
  - in der Zwangsvollstreckung 180ff.
- Ersetzungsbefugnis 168ff.
- Existenzerhaltungspflicht 152ff.
  
- Facultas alternativa 231
- Fälligkeit der Ausstattungspflicht 154ff., 270
- Faktischer Konzern 138f., 314, 474f., 507f.
- Fiduziarische Treuhand 177f.
- Financial Covenants 289
- Finanzielle Ausstattung 14, 78f., 140, 142
- Fixschuld 266
- Fonds 16
- Forderungsübergang s. Regress
- Formerfordernis 224f.
- Formulierungsmuster 11ff., 77ff., 343ff., 534
  
- Garantie 108, 119ff.
- Garantieähnlicher Vertrag 108f., 127f.
- Gattungsschuld 274f.
- Gehilfenhaftung 520f.
- Gerichtsstands Klausel 60f., 83, 374
- Gesamtschuld 305f., 314f., 322f., 330f.
- Gesamtzusage 568ff.
- Geschäftsbericht 533ff.
- Geschäftsbesorgung 314ff.
- Geschäftsführung ohne Auftrag 314ff.
- Geschäftspolitik Klausel 345, 354ff., 361ff., 377f., 411ff., 427, 440f.
- Gesellschaftsteuer 11, 33ff.
  
- Gewinnabführungsvertrag 313
- Gewinnzusage 551
- Gleichstellungsverpflichtung 47ff.
- Gleichstufigkeit 332f.
- Großkredit- und Millionenkreditverordnung 13, 533, 539, 545
  
- Haftung aus rechtsethischer Notwendigkeit 360, 453, 456ff., 467
- Haftung für öffentliche Werbeaussagen 589f.
- Haftung kraft widersprüchlichen Verhaltens 440f., 453, 456ff.
- Harte Patronatserklärung
  - ad incertae personas s. Patronatserklärung ad incertae personas
  - AGB 103, 112, 197ff.
  - Arteigene Vorteile 55ff., 98
  - Auslegung s. dort
  - Ausstattungspflicht s. dort
  - Begriff 11ff.
  - Beweislast 89f., 272ff.
  - Einstandspflicht 86f., 92ff.
  - Entwicklung 32ff.
  - Erfolgsbezogenheit 140ff., 235ff.
  - Erklärungsmuster 11f., 77ff.
  - Etymologische Wurzeln 14
  - Formerfordernis 224f.
  - Gesicherte Verbindlichkeit 81f., 146ff.
  - Inhalt 77ff.
  - Klagbarkeit 225ff.
  - Kündigung s. dort
  - Leistungsstörungen s. dort
  - Motive 32ff.
  - Nebenpflichten 188f.
  - Rechtsnatur 107ff.
  - Verbreitung 64ff.
  - Wirksamkeit 191ff.
- Hessische Landesbank 61, 228, 537f.
- Hoferbenfälle 458
  
- Illiquidität (drohende) 155ff.
- Informationsklausel 350, 522ff.
- Inhaltskontrolle 207ff.
- Innenverhältnis zwischen Patron und Kreditnehmer 314ff.
- Insolvenz
  - des Kreditnehmers 92ff., 98ff., 106f., 153ff., 185ff., 297ff., 333

- des Patrons 305ff.
- Insolvenzanfechtung 513f.
- Insolvenzabwendende Ausstattung 155ff.
- Internationales Privatrecht 10, 70ff.
- Interpretatio contra proferentem 374ff.
- Invitatio ad offerendum 547ff.
  
- Kapitalanteils Klausel 344, 354ff., 408f., 411, 420, 429, 434f.
- Kapitalerhöhung 56f., 477ff.
- Kapitalersetzende Kreditbesicherung 306ff.
- Kapitalherabsetzung 479f.
- Kapitalmäßige Ausstattung 14, 78f., 140, 142
- Kapitalverkehrssteuergesetz 3, 33ff.
- Kasuistische Darstellungsweise 350f.
- Kausalität
  - adäquate 489f.
  - äquivalente 488f., 492f.
  - bei der Auskunftshaftung 398ff., 434ff.
  - bei der Einflussklausel 521f.
  - bei der Informationsklausel 527
  - bei der Neuverhandlungsklausel 530f.
  - bei der Stillhalte Klausel 487ff.
  - Beweislast siehe dort
  - Schutzzweck der Norm 490
- Kenntnisnahmeklausel 18, 347, 354ff., 393, 441
- Klagbarkeit s. prozessuale Durchsetzung
- Kleinwort Benson Ltd 362, 373f.
- Königlicher Kaufmann 458f.
- Kombination von Erklärungen 14, 84, 373f.
- Kontovollmacht 182ff.
- Kontrollklausel 344, 354ff., 408ff., 420
- Konzernrechtliche Verbindung
  - Abhängigkeit 138f.
  - als Voraussetzung einer Patronatserklärung 17ff., 22f.
  - Beherrschungsvertrag 136ff., 313f., 474f., 507f., 511ff.
  - Eingliederung 137f., 313, 508
  - Erscheinungsformen 135ff.
  - Faktischer Konzern 138f., 314, 474f., 507f.
  - Gewinnabführungsvertrag 313
  - Qualifiziert faktischer Konzern 138f., 491
  - Vertragskonzern 136ff., 313f., 474f., 507f., 511ff.
- Konzernvertrauenshaftung 360, 416, 438ff., s. auch vertrauensgestützte Haftungsmodelle
- Kredit 22f.
- Kreditauftrag 117f.
- Kreditinstitute als Patron 50ff.
- Kündigung
  - des Kreditvertrages 287ff., 496f.
  - der Patronatserklärung 295f., 310f., 334ff.
  
- Lehre von der Erklärungs haftung 370ff., 477
- Leistung an Erfüllungs statt 167ff., 323f., 326ff.
- Leistungsbestimmungsrecht 233ff.
- Leistungsstörungen
  - Abgrenzung von Verzug und Schlechterfüllung 268ff.
  - bei der Auskunftserklärung 406ff.
  - bei der harten Patronatserklärung 263ff.
  - durch Beteiligungsaufgabe 293ff.
  - durch Insolvenz des Kreditnehmers 297ff.
  - Schlechterfüllung 268ff., 406ff.
  - Störung der Geschäftsgrundlage 296
  - Unmöglichkeit s. dort
  - Verzug 268ff.
- Leitungspflicht 79f., 105f.
- Letter of Awareness 347
- Letter of Intent 71
- Liquidation 153, 156
- Liquiditätsgarantie 18, 22, 78, 149ff.
- Loyalitätsklausel 346, 354ff., 364ff., 377f., 415f., 469f.
  
- Mahnung 270ff.
- Managementklausel 348f., 501ff.
- Marktvertrauenshaftung 451f., 464f., 562f.
- Mehrfachstimmrechte 480
- Meldepflichten 52f.
- Moderne Patronatserklärungen 78, 92, 220

- Motor-Columbus-Entscheidung 449ff., 465
- Mustererklärungen 11ff., 77ff., 343ff., 534
- Nachschusspflicht 166f.
- Nachsicherungsanspruch 289, 498f.
- Nachträgliche Unterrichtungspflichten
- Allgemein 417ff.
  - Berichtigung einer ursprünglich falschen Auskunft 418ff.
  - Ergänzung einer objektiv nicht gerechtfertigten Auskunft 420ff.
  - Ergänzung einer ursprünglich richtigen Auskunft 422ff.
  - Kausalität 436
- Namensidentität 61
- Nebenpflichten 188f.
- Negativerklärung 47ff.
- Neuverhandlungsklausel 350, 527ff.
- Offerte ad incertas personas 542ff.
- Organschaftserklärungen 30, 351
- Ownership-Maintenance-Klausel 348
- Pari-passu-Klauseln 184
- Patronatserklärung ad incertas personas
- Adressatenkreis 574ff.
  - Allgemein 16f., 46, 448, 452, 533ff.
  - Annahme ohne ausdrückliche Erklärung 577ff.
  - Annahmeerklärung 572ff., 576ff.
  - Beweislast für Kenntnis und Annahme 589ff.
  - Dauer der Angebotsbindung 591ff.
  - Harte Patronatserklärung ad incertas personas 533ff.
  - Rechtsfolgewillen 542ff., 600f.
  - Weiche Patronatserklärung ad incertas personas 600ff.
  - Widerruf des Angebots 596ff.
- Peanuts 538f.
- Personalsicherheit 113f.
- Pflichtverletzung s. Leistungsstörungen
- Prinzipienklausel 345, 354ff., 361ff., 411ff.
- Prospekthaftung 543, 604
- Prozessuale Durchsetzung
- der harten Patronatserklärung 225ff.
  - der Stillhalteklausele 495f.
- Qualifiziert-faktischer Konzern 138f., 491
- Rangrücktrittserklärungen 30f., 351
- Rechtmäßiges Alternativverhalten 491, 493f.
- Rechtsfolgewillen
- bei der Einflussklausel 504f.
  - bei der harten Patronatserklärung 87f.
  - bei der Informationsklausel 523
  - bei der Neuverhandlungsklausel 528f.
  - bei der Patronatserklärung ad incertas personas 542ff.
  - bei der Stillhalteklausele 476
  - bei der weichen Patronatserklärung 360ff.
- Rechtsnatur der harten Patronatserklärung 107ff.
- Rechtsscheinhaftung 355, 360, 441f., 453ff.
- Rechtsvergleichung 10, 70ff.
- Rechtswahlklausel 60f., 83, 374
- Regress
- Allgemein 313ff.
  - Auftrag 314ff.
  - Cessio legis 316, 326ff.
  - Gesamtschuld 314f., 322f., 330f.
  - Geschäftsführung ohne Auftrag 314ff.
  - Regress nach Ausstattung 314, 317ff.
  - Regress nach Direktleistung 323ff.
  - Regress nach Schadensersatzleistung 329ff.
- Rektorfall 21, 456, 466
- Revocatoria-Klausel 82f., 106f.
- Risikoaktiva 51f.
- Römisches Recht 14
- Rückgriff s. Regress
- Rückhalt im Konzern 42ff.
- Sachwalter 390f., 395f., 432ff., 451f.
- Sachwalterentscheidung 390, 433
- Schadensersatzansprüche
- Abstrakte Schadensberechnung 278ff., 437
  - bei der Auskunftshaftung 434ff.
  - bei der Einflussklausel 517
  - bei der harten Patronatserklärung 268ff., 277ff., 281ff.

- bei der Informationsklausel 526
- bei der Stillhalteklausel 487ff.
- Zinsschaden 277ff.
- Scheckauskunftentscheidung 418, 422ff.
- Schlechterfüllung 268ff.
- Schuldmitübernahme 122f.
- Schweigen als Annahmeerklärung 578ff.
- Semantisch-analytische Definition 13, 26f.
- Sittenwidrigkeit 217ff., 221ff., 470ff., 512ff.
- Sonderformen der Ausstattung 167ff.
- Sorge-Formulierung 34, 80f., 85, 87f., 91f., 140f., 220
- Spekulation mit der rechtlichen Unsicherheit 57ff.
- Standardisierung 31, 63, 77, 201f., 204f.
- Statement of awareness of financing 347
- Steuervergünstigungsabbaugesetz 40, 44
- Stillhalteklausel 348, 474ff.
- Stimmbindungsvertrag 481ff.
- Stimmrechtslose Vorzugsaktien 480
- Störung der Geschäftsgrundlage 296, 499f.
- Subsidiarität 259ff.
- Swissair-Urteil 365, 438f., 446ff., 469f., 601
- Systematisierung der weichen Patronatserklärung 351ff.
- Tochtergesellschaftsklausel 346
- Transparenzgebot 216ff.
- Treuhänderische Zuwendung 176ff., 223, 241f., 267, 295, 300, 303
- Typengemischter Vertrag 124
- Überraschende Klausel 206f.
- Übersicherung 222ff.
- Umfrage 7, 14, 39, 54ff., 57, 61f., 65f., 202, 545
- United Bank of California 61
- Unklarheitenregel 374ff.
- Unmöglichkeit der Ausstattung
  - durch Beteiligungsaufgabe 293ff.
  - durch Insolvenz des Kreditnehmers 93f., 297ff.
  - durch Kündigung des Kreditvertrages 291f.
- durch Verzögerung der Ausstattung 265ff.
- wegen fehlender Ausstattungsmittel 263ff.
- Unterlassungsklage 495f.
- Unverhältnismäßiger Aufwand 303
- Valutaverhältnis 128ff.
- Veräußerungsgleiche Maßnahmen 477ff.
- Veräußerungsverbot 487f.
- Verbindlichkeitsklausel 345, 354ff., 361, 413f.
- Verbreitung 64ff.
- Verbot der Fremddisposition 148, 214ff., 334, 339, 544ff.
- Verhaltenspflichten als Gegenstand weicher Patronatserklärungen 347ff.
- Verhandlungsverlauf 97, 201f., 366f.
- Verschulden 272ff.
- Versprechenstheorie 560
- Versteinerungsklausel 348
- Vertrag sui generis 107ff., 125f.
- Vertrag zugunsten Dritter 109, 128ff.
- Vertragsdogma 550ff.
- Vertragskonzern 136ff., 313f., 474f., 507f., 511ff.
- Vertragstheorie 560
- Vertrauensfalle 58
- Vertrauensgestützte Haftungsmodelle
  - Allgemeine Vertrauenshaftung 360, 438ff., 452ff., 552f.
  - Culpa in contrahendo 359f., 386ff., 443f., 454, 459ff., 552f.
  - Eigenhaftung Dritter s. dort
  - Haftung aus rechtsethischer Notwendigkeit 360, 453, 456ff., 467
  - Konzernvertrauenshaftung 360, 416, 438ff.
  - Rechtsscheinhaftung 355, 360, 441f., 453ff.
  - Vertrauenshaftung kraft widersprüchlichen Verhaltens 440f., 453, 456ff.
- Vertrauensklausel 346, 354ff., 414f., 421f.
- Vertretenmüssen 272ff.
- Verzögerungsschaden 277ff.
- Verzug 265ff., 268ff.
- Vollmachtstreuhand 177
- Vorzeitige Kreditablösung 162

- Wahlschuld 230ff.  
 Wahlschuld sui generis 231ff.  
 Warenautomat 542f.  
 Weiche Patronatserklärung  
 – ad incertas personas 600ff.  
 – Auskunftserklärungen s. Auskunft  
 – Begriff 11ff.  
 – Beteiligungsklausel 344, 348, 354ff., 361, 410f., 427, 441, 475  
 – Einflussklausel 349, 501ff.  
 – Einverständnisklausel 347, 354ff., 393  
 – Erklärungsmuster 343ff.  
 – Geschäftspolitikklausel 345, 354ff., 361ff., 377f., 411ff., 427, 440f.  
 – Informationsklausel 350, 522ff.  
 – Kapitalanteilsklausel 344, 354ff., 408f., 411, 420, 429, 434f.  
 – Kenntnisnahmeklausel 18, 347, 354ff., 393, 441  
 – Kontrollklausel 344, 354ff., 408ff., 420  
 – Letter of Awareness 347  
 – Loyalitätsklausel 346, 354ff., 364ff., 377f., 415f., 469f.  
 – Managementklausel 348f., 501ff.  
 – Motive 32ff.  
 – Neuverhandlungsklausel 350, 527ff.  
 – Ownership-Maintenance-Klausel 348  
 – Prinzipienklausel 345, 354ff., 361ff., 411ff.  
 – Statement of awareness of financing 347  
 – Stillhalteklausele 348, 474ff.  
 – Tochtergesellschaftsklausel 346  
 – Verbindlichkeitsklausel 345, 354ff., 361, 413f.  
 – Verbreitung 64ff.  
 – Verhaltenspflichten als Erklärungsgegenstand 347ff.  
 – Versteinerungsklausel 348  
 – Vertrauensklausel 346, 354ff., 414f., 421f.  
 Weiterleitungspflicht 165f.  
 Weiterleitungsrisiko 163ff., 244  
 Zinsschaden 277ff.  
 Zugang der Annahmeerklärung 88ff., 571f.  
 Zustimmungsvorbehalte 49f.



# Jus Privatum

## Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Adolphsen, Jens*: Internationale Dopingstrafen. 2003. *Band 78*.
- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Barnert, Thomas*: Die Gesellschafterklage im dualistischen System des Gesellschaftsrechts. 2003. *Band 82*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Nichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Benecke, Martina*: Gesetzesumgehung im Zivilrecht. 2004. *Band 94*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Brors, Christiane*: Die Abschaffung der Fürsorgepflicht. 2002. *Band 67*.
- Bruns, Alexander*: Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung. 2003. *Band 74*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Dethloff, Nina*: Europäisierung des Wettbewerbsrechts. 2001. *Band 54*.
- Dreier, Thomas*: Kompensation und Prävention. 2002. *Band 71*.
- Drexel, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbauseinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Ebert, Ina*: Pönale Elemente im deutschen Privatrecht. 2004. *Band 86*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Ellger, Reinhard*: Bereicherung durch Eingriff. 2002. *Band 63*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Giesen, Richard*: Tarifvertragliche Rechtsgestaltung für den Betrieb. 2002. *Band 64*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Gruber, Urs Peter*: Methoden des internationalen Einheitsrechts. 2004. *Band 87*.
- Gsell, Beate*: Substanzverletzung und Herstellung. 2003. *Band 80*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‚sonstiges‘ Recht. 1996. *Band 17*.
- Haedicke, Maximilian*: Rechtskauf und Rechtsmängelhaftung. 2003. *Band 77*.
- Hanau, Hans*: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Schranke privater Gestaltungsmacht. 2004. *Band 89*.
- Hau, Wolfgang*: Vertragsanpassung und Anpassungsvertrag. 2003. *Band 83*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinemann, Andreas*: Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung. 2002. *Band 65*.

- Heinrich, Christian:* Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47.*
- Henssler, Martin:* Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6.*
- Hergenröder, Curt Wolfgang:* Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12.*
- Hess, Burkhard:* Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26.*
- Hofer, Sibylle:* Freiheit ohne Grenzen. 2001. *Band 53.*
- Huber, Peter:* Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung. 2001. *Band 58.*
- Jacobs, Matthias:* Der Gegenstand des Feststellungsverfahrens. 2005. *Band 97.*
- Jänich, Volker:* Geistiges Eigentum – eine Komplementärserscheinung zum Sacheigentum? 2002. *Band 66.*
- Jansen, Nils:* Die Struktur des Haftungsrechts. 2003. *Band 76.*
- Jung, Peter:* Der Unternehmergesellschafter als personaler Kern der rechtsfähigen Gesellschaft. 2002. *Band 75.*
- Junker, Abbo:* Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2.*
- Kaiser, Dagmar:* Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43.*
- Katzenmeier, Christian:* Arzthaftung. 2002. *Band 62.*
- Kindler, Peter:* Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16.*
- Kleindiek, Detlef:* Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22.*
- Koch, Jens:* Die Patronatserklärung. 2005. *Band 99.*
- Körber, Torsten:* Grundfreiheiten und Privatrecht. 2004. *Band 93.*
- Krause, Rüdiger:* Mitarbeit in Unternehmen. 2002. *Band 70.*
- Luttermann, Claus:* Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32.*
- Looschelders, Dirk:* Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38.*
- Lipp, Volker:* Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42.*
- Mäsch, Gerald:* Chance und Schaden. 2004. *Band 92.*
- Mankowski, Peter:* Beseitigungsrechte. Anfechtung, Widerruf und verwandte Institute. 2003. *Band 81.*
- Merkt, Hanno:* Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51.*
- Möllers, Thomas M.J.:* Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18.*
- Muscheler, Karlheinz:* Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5.*  
– Universalsukzession und Vonselbsterwerb. 2002. *Band 68.*
- Oechsler, Jürgen:* Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21.*
- Oetker, Hartmut:* Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9.*
- Obly, Ansgar:* „Volenti non fit iniuria“ Die Einwilligung im Privatrecht. 2002. *Band 73.*
- Oppermann, Bernd H.:* Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3.*
- Peifer, Karl-Nikolaus:* Individualität im Zivilrecht. 2001. *Band 52.*
- Peters, Frank:* Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1.*
- Preuß, Nicola:* Zivilrechtspflege durch externe Funktionsträger. 2005. *Band 96.*
- Raab, Thomas:* Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41.*
- Reiff, Peter:* Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19.*
- Repgen, Tilman:* Die soziale Aufgabe des Privatrechts. 2001. *Band 60.*

- Röthel, Anne*: Normkonkretisierung im Privatrecht. 2004. *Band 91*.
- Rohe, Mathias*: Netzverträge. 1998. *Band 23*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39*.
- Saenger, Ingo*: Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27*.
- Sandmann, Bernd*: Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50*.
- Schäfer, Carsten*: Die Lehre vom fehlerhaften Verband. 2002. *Band 69*.
- Schnorr, Randolf*: Die Gemeinschaft nach Bruchteilen (§§ 741 – 758 BGB). 2004. *Band 88*.
- Schubel, Christian*: Verbandssouveränität und Binnenorganisation der Handelsgesellschaften. 2003. *Band 84*.
- Schur, Wolfgang*: Leistung und Sorgfalt. 2001. *Band 61*.
- Schwarze, Roland*: Vorvertragliche Verständigungspflichten. 2001. *Band 57*.
- Sieker, Susanne*: Umgehungsgeschäfte. 2001. *Band 56*.
- Sosnitza, Olaf*: Besitz und Besitzschutz. 2003. *Band 85*.
- Stadler, Astrid*: Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15*.
- Stoffels, Markus*: Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse. 2001. *Band 59*.
- Taeger, Jürgen*: Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13*.
- Trunk, Alexander*: Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28*.
- Veil, Rüdiger*: Unternehmensverträge. 2003. *Band 79*.
- Wagner, Gerhard*: Prozeßverträge. 1998. *Band 33*.
- Waltermann, Raimund*: Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14*.
- Weber, Christoph*: Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44*.
- Wendehorst, Christiane*: Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37*.
- Wiebe, Andreas*: Die elektronische Willenserklärung. 2002. *Band 72*.
- Wimmer-Leonhardt, Susanne*: Konzernhaftungsrecht. 2004. *Band 90*.
- Würthwein, Susanne*: Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48*.

